

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 1. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Des Neujahrstags wegen erscheint die nächste Nummer des „Vorwärts“ erst am Donnerstagsmorgen.

### Das Jahr des Zerfalls.

Die offizielle Reichspolitik war nicht gut beraten, als sie, im Widerspruch mit dem Einmaleins, das Ende des 19. Jahrhunderts auf den Silvesterabend des vorigen Jahres festlegte. Hätte sie das eben verfloßene Jahr noch mit zu dem scheidenden Jahrhundert geschlagen, so wäre es ein Aufwachen gewesen, während sich heute die exprobierten Patrioten nicht ohne ein bängliches Vorgefühl sagen werden: das neue Jahrhundert hat gut angefangen.

Wir wissen alle, daß sich die Liquidation der modernen bürgerlichen Gesellschaft nicht so schnell vollzieht, wie das Klassenbewußte Proletariat, ja wie auch die großen Denker des Socialismus vor einem Menschenalter glaubten. Daraus schöpft die Bourgeoisie den schnell fertigen Trost, daß sich diese Liquidation überhaupt nicht vollziehe, und selbst bis in Arbeiterkreise ist die prädicte Frage gedrungen, ob die bürgerliche Gesellschaftsordnung in ihrem Kern nicht doch noch gesund sei, ob es nicht klüger sei, sich mit ihr zu vertragen, als sich mit ihr zu schlagen. Auf diese Frage giebt das eben verfloßene Jahr eine schlagende Antwort: jedes Blatt seiner Geschichte ist bedeckt mit den Spuren eines unaufhaltsamen Niedergangs.

Zunächst zeigte die Entscheidung in der Flottenfrage, daß die herrschenden Klassen der deutschen Nation nicht mehr den untrüglichen Instinkt besitzen, der allemal den genauesten Gradmesser dafür bildet, wie sicher sie sich ihres Lebens und ihrer Zukunft fühlen. Es ist selbst schon zu viel behauptet, wenn man sagt, daß sie sich von einem gleichenden Phantom hätten blenden lassen, dem ein heimliches Grauen ängstigte alle Parteien, als sie auf die neue Flotte ins uferlose Meer ihrer sogenannten Weltpolitik schifften. Ihnen fehlte nur allesamt, was allein eine Klasse und eine Partei widerstandsfähig macht: das feste und klare Princip. Längst im politischen Geschäftsmachen verkommen, hofften die einen auf diesen und die anderen auf jenen Vorteil, wenn sie sich auf den Flottenschwinkel einließen, trotz aller unheimlichen Ahnungen, und besetzt von dem Trosssprüchlein der Madame Pompadour: Nach und die Sündflut!

Nur vergessen sie darüber das weisere Wort Goethes, daß der liebe Gott nicht an jedem Wochenschlüssel die Feste macht, und die Sündflut kam schneller, als sie in ihres Sinnes Thorheit gemeint hatten. Der deutsche Hunnenzug nach China hat den mexikanischen Feldzug des falschen Nonaparte um den traurigen Ruhm gebracht, das — um in der parlamentarischen Sprechweise zu bleiben — verkehrteste und verhängnisvollste Abenteuer der modernen Geschichte zu sein; man muß bis in die Tage der römischen Cäsaren zurückgehen, um ähnliche Tragikomödien zu entdecken, die hin- und herschwanken zwischen den blutigsten Greueln und den nichtigsten Operettenscenen. Und welche Diplomatie, die am Anfang des Jahres dem Reichstag zurannte, eine riesenflotte müsse gebaut werden, um der englischen Flotte die Spitze zu bieten, und die am Ende des Jahres so sehr der Dupe der englischen Politik ist, daß sie nicht einmal eine harmlose Pflicht internationaler Höflichkeit gegen einen hilflosen Kreis zu erfüllen wagt, und Angst vor Englands Stimmzettel. So sehr war Graf Saurwig in den Tagen vor Austerlitz nicht der Dupe der französischen, so sehr v. Manteuffel nicht in den Tagen von Olmütz der Dupe der österreichischen Politik, wie Graf Bülow im verfloßenen Jahre der Dupe der englischen Politik gewesen ist.

Es gehört aber zur ganzen deutschen Reichsgeschichte, daß dieser geniale Diplomat dafür zum leitenden Staatsmann avanciert ist und von den herrschenden Klassen bejubelt wird, als sei nun endlich der Heiland da, der das bürgerliche Geschäft noch einmal auf den Krampf bringen werde. Bei dieser Zukunftsmusik auf der Kindertrumpete braucht man sich keinen Augenblick aufzuhalten. Die einzige Fähigkeit, die der neue Reichszugler bisher bewiesen hat, ist ein glückliches Selbstbewußtsein, das ihm über seine diplomatischen Niederlagen hinwegzutäuseln gestattet, mit einem glückseligen Lächeln, das in dieser Art den Haugwitz und den Manteuffel allerdings nicht gegeben war. Die pflegten trübselige Mienen aufzusetzen, wenn ihnen der Rücken brannte. Jedoch wenn diese Begabung des Grafen Bülow nicht besonders erhabend ist, so darf man nicht verkennen, daß ihre Wirksamkeit durch die gegenwärtigen Zeitläufte allerdings verdoppelt und verdreifacht wird. In ihrer lagenjämmerlichen Stimmung legen die bürgerlichen Parteien nach einem gewandten Falser, der ihnen mit allerlei anmutigen Trümpfen beweist, daß sie eigentlich gar keinen Grund zur Besorgnis haben. Dies Spiel versteht Graf Bülow aus dem Grunde, und deshalb haben ihn alle bürgerlichen Parteien triumphierend auf den Schild. Er hat den Reichstag um den Finger gewickelt, nicht weil er ein Kiese ist, sondern weil die bürgerliche Mehrheit des Reichstags nichts schmerzlicher wünscht, als um den Finger gewickelt zu werden. Zum Gaudium dieser braven Patrioten baut der neue Reichszugler seine bunten Kartenhäuser auf, die wirklich sehr nett anzusehen sind und nur an der kleinen Schwäche leiden, daß sie beim ersten rauhen Windstoß samt und sonders zusammenstürzen werden.

Allerdings will Graf Bülow, wenn seine Bewunderer recht haben, auch ein Beherrscher der Winde sein; als Parole seiner inneren Politik soll er ausgegeben haben: Keine inneren Krisen! Wir glauben ungern an dies geflügelte Wort, das sich an staatsmännischem Tiefsein mit Onkel Dräpigs Behauptung messen könnte, wonach die große

Armut von der großen Povereteh herkommt. Dinge es von dem Willen der Staatsmänner ab, ob innere Krisen entstehen oder nicht, so wäre die Welt davon allerdings für immer befreit. In einer auf dem Klassen Gegensatz basierten Gesellschaft kommen die Krisen mit der unübersteiglichen Gewalt von Naturereignissen, und die verhängnisvollste dieser Krisen, der große ökonomische Krach, klopft schon an die Thür. Er ist länger ausgeblieben, als seine Gewöhnheit war, aber es scheint, daß er nun um so gründlicher daherkommt; der Zusammenbruch der Hypothekbanken, der freilich zunächst den Gaudereien frommer Kirchenbauer geschuldet ist, giebt einen Vorgeschmack von dem, was wir sehen werden, wenn einmal ein ökonomischer Sturmwind die Dächer von den Heimlichkeiten der kapitalistischen Wirtschaft bläst.

Diesem Sturm wird aber das innere Gerüst des Deutschen Reichs schwer erschüttert, trotz aller Grafen Bülows. Proben davon hat das verfloßene Jahr im voraus reichlich genug geliefert. Der Prozeß Sternberg hat gezeigt, wie tief die bürgerliche Polizei von der kapitalistischen Korruption zerfressen ist und wie die bürgerliche Justiz schon die krassesten Auslegungen aufbieten muß, um sich ihrer noch zu erwehren. Die Zwölftausendmarkgeschichte kompromittiert die deutsche Bureaucratie womöglich noch mehr, als die deutsche Heeresmacht durch die Vorschulforderungen ihres ersten Offiziers und die deutsche Diplomatie durch die berühmten „Erfolge“ des Grafen Bülow kompromittiert wird. Es knistert und kracht überall im Reichsgebälde. Das heißt nicht, daß morgen oder doch überhaupt Wunder geschehen werden, aber wenn das historische Fact des verfloßenen Jahres gezogen werden soll, so lautet es einfach: Es geht bergab mit den Unterdrückten.

Und deshalb geht es bergab mit den Unterdrückten. Die deutsche Socialdemokratie hat im verfloßenen Jahre neue Kräfte gesammelt, neue Gebiete erobert, neue Truppen gewonnen; sie hat sich in ihrem revolutionären Vornarrsch kein Augenblick aufhalten lassen durch zaghafte Bedenken darüber, ob die bürgerliche Herrlichkeit wenn auch nicht von Ewigkeit, so doch für die Ewigkeit sei. Unberührt durch Lockungen wie Drohungen, hat sie die politische Entwicklung immer nur an der Höhe ihres Princips gemessen, wohl wissend, daß diese principielle Politik ihr allein praktische Früchte reifen kann. Nicht mit feivoller Schadenfreude begrüßt sie die heraufziehenden Stürme, die am ärgsten die Arbeiterklasse treffen werden, aber mit dem festen Entschluß, in diesen Stürmen ihre weltgeschichtliche Pflicht zu erfüllen, als Vorkämpferin einer neuen Welt, die jene inneren Krisen nicht mehr kennt, an denen die bürgerliche Welt zu Grunde gehen muß, in all ihrer ohnmächtigen Prahlerei. Und so denn allen Tapferen und Treuen des proletarischen Emancipationskampfes ein Kampf- und siegesfrohes Glück zum neuen Jahre!

### Die neuen Arbeiter-schutz-Bestimmungen.

Mit dem 1. Januar des neuen Jahres werden die für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter geltenden Schutzvorschriften auf eine Reihe von Betrieben anwendbar, für die sie bisher nicht galten. Es sind das die Werkstätten mit Motorbetrieb, gleichviel, wieviel Arbeiter sie beschäftigen und gleichviel, welcher Art der Motorbetrieb ist.

Ausgenommen von den nachfolgenden Vorschriften sind jedoch die Werkstätten der Kleider- und Wäscheconfection, auch wenn sie Motorbetrieb haben. Für sie bleiben die Vorschriften vom 31. Mai 1897 bestehen. Ausgenommen sind ferner die Wägereien und Konditoreien soweit sie nicht als Fabriken gelten. Es bleiben für sie die Vorschriften vom 4. März 1896 bestehen.

Es sind weiter ausgenommen die mit Motoren arbeitenden Getreidemöhlen, soweit sie nicht als Fabriken gelten und keine Dampfkraft verwenden. Für sie gelten die Vorschriften vom 28. April 1899.

Mit diesen Ausnahmen gelten nunmehr folgende Bestimmungen:

#### Werkstätten mit zehn oder mehr Arbeitern.

1. In Werkstätten mit Motorbetrieb, in welchen in der Regel zehn oder mehr Arbeiter beschäftigt werden, dürfen Kinder zwischen dreizehn und vierzehn Jahren, welche nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, zehn Stunden täglich beschäftigt werden;

in Schleifer- und Polierwerkstätten der Glas-, Stein- und Metallbearbeitung jedoch nur sechs Stunden täglich.

Im übrigen gelten für diese Betriebe nunmehr die Vorschriften der §§ 135 bis 139b der Reichs-Gewerbe-Ordnung ohne Einschränkung.

#### Werkstätten mit weniger als zehn Arbeitern.

Kinder unter 13 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Kinder zwischen 13 und 14 Jahren dürfen beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr schulpflichtig sind.

Kinder und junge Leute bis zu 16 Jahren dürfen nur zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

In Schleifer- und Polierwerkstätten der Glas-, Stein- und Metallbearbeitung dürfen Kinder unter 14 Jahren nur sechs Stunden täglich beschäftigt werden.

Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter dürfen nicht vor fünfhalb Uhr morgens beginnen und nicht über acht einhalb Uhr abends dauern. Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmäßige Pausen gewährt werden. Für jugendliche Arbeiter, welche nur sechs Stunden täglich beschäftigt werden, muß die Pause mindestens eine halbe Stunde betragen. Den übrigen jugendlichen Arbeitern muß mindestens entweder mittags eine einstündige sowie vormittags und nachmittags je eine halbstündige, oder mittags eine einundeinhalbstündige Pause gewährt werden. Eine Vor- und Nachmittagspause braucht nicht gewährt zu werden, sofern die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit am Vormittag je vier Stunden nicht übersteigt.

Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung im Werkstattbetrieb nicht gestattet werden. Von allen diesen Vorschriften, soweit sie die Dauer der Beschäftigung und die Pausen betreffen, sind in Beziehung auf männliche Personen befreit die Handwerksbetriebe, in denen weniger als 10 Personen beschäftigt sind, auch wenn sie Motore anwenden.

Als Handwerksbetriebe in diesem Sinne gelten: die Betriebe der Wandagisten, Wandwirer, Böttcher, Buchbinder, Wäschemacher, Bürsten- und Pinselmacher, Drahtflechter, Drechsler, Stein-, Zint-, Kupfer- und Stahlbruder, Härber und Zeugbruder, Fellenhauer, Feinmechaniker, Gerber, Glaser, Gold- und Silberarbeiter, Graveure, Handschuhmacher, Hutmacher, Kammmacher, Klempner, Klebner, Kupfer- und Messerschmiede, Metallgießer, Messer (Fleischer), Röhlenbauer, Musikinstrumentenmacher, Posamentiere, Sattler (Kleiner, Täscher), Schiffbauer, Schlosser, Grob- und Feinmetalle, Schneider, Schreiner (Tischler), Schuhmacher, Seifenfieder, Seiler, Stellmacher (Wagner, Radmacher), Tapezierer, Töpfer, Tuchmacher, Uhrmacher, Weber.

Für weibliche Personen gelten auch in diesen Betrieben dieselben Bestimmungen.

Schulpflichtige Kinder und Kinder unter 13 Jahren dürfen auch in diesen Betrieben nicht beschäftigt werden.

Die folgenden Bestimmungen gelten wieder für die Handwerksbetriebe mit:

An Sonn- und Festtagen, sowie während der von dem ordentlichen Seelsorger von den Katechumenen- und Konfirmanden-, Weich- und Kommunion-Unterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens und am Sonnabend sowie am Vorabend der Festtage nicht nach fünfhalb Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über sechzehn Jahr darf die Dauer von elf Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von zehn Stunden, nicht überschreiten.

Zwischen den Arbeitsstunden muß den Arbeiterinnen eine mindestens einstündige Mittagspause gewährt werden. Arbeiterinnen über sechzehn Jahr, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens ein und eine halbe Stunde beträgt.

Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes dies für zulässig erklärt.

Für Arbeiterinnen in Bade-Anstalten, die mit der Vorbereitung der Bäder und der Bedienung des Publikums beschäftigt werden, gelten die Beschränkungen der täglichen Arbeitszeit nicht.

An 40 Tagen im Jahre darf die einstündige Arbeitszeit ohne weiteres bis zu 18 Stunden ausgedehnt werden, aber nicht über 10 Uhr hinaus.

Die untere Verwaltungsbehörde kann erlauben, daß an noch mehreren Tagen bis zu 18 Stunden gearbeitet wird. Dies kommt für Saisonbetriebe in Frage, in denen zu Zeiten schlechten Geschäftsgangs nur wenige Stunden am Tage gearbeitet wird.

Schulpflichtige Arbeiterinnen, die kein Hauswesen zu besorgen haben und keine Fortbildungsschule besuchen, können auch an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen mit Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde mit Reinigungs-, Bewachungs- und Vorbereitungsarbeiten bis 1/9 Uhr beschäftigt werden.

Bei Naturereignissen oder Unglücksfällen können Ausnahmen von den Vorschriften über die Dauer der Arbeitszeit sowohl der Arbeiterinnen wie der Jugendlichen zugelassen werden.

Schließlich kann durch die Behörden diese ganze Regelung der Arbeitszeit über den Hausen geworfen und eine andre Regelung vorgenommen werden, wenn die Natur des Betriebs oder Rücksichten auf die Arbeiter in einzelnen Werkstätten es erwünscht erscheinen lassen. Und damit das Tohuwahu vollständig und die Gesetzgebung völlig zu einem bloßen Schein wird, gelten endlich noch besondere Ausnahmen für:

#### Werkstätten mit Wasserbetrieb.

Für Betriebe, die ausschließlich oder vorwiegend mit unregelmäßiger Wasserkraft arbeiten — jedoch mit Ausnahme der Schleifer- und Polierwerkstätten der Glas-, Stein- und Metallbearbeitung — gelten folgende Vorschriften:

Kinder unter 13 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden, Kinder über 13 Jahre dürfen nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind.

Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen dürfen nicht vor fünfhalb Uhr morgens beginnen und nicht über acht einhalb Uhr abends dauern.

(Das ist der 15stündige Normalarbeitstag für Kinder.)

An Sonn- und Festtagen sowie während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Katechumenen- und Konfirmanden-, Weich- und Kommunionunterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

Arbeiterinnen über sechzehn Jahre, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens ein und eine halbe Stunde beträgt.

Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes dies für zulässig erklärt.

In Wasserwerkstätten, die in der Regel weniger als zehn Arbeiter beschäftigen, dürfen Arbeiterinnen, die über 16 Jahre alt sind, an 40 Tagen im Jahre sogar bis 10 Uhr abends, also 16 1/2 Stunden täglich, beschäftigt werden. Für mehr Tage im Jahre kann die Behörde noch eine besondere Erlaubnis erteilen.

Für dieselben Werkstätten kann jede Beschränkung der Arbeitszeit aufgehoben werden bei Unglücksfällen oder Naturereignissen, oder wenn die Natur des Betriebs oder Rücksichten auf die Arbeiter es erwünscht erscheinen lassen.

Handwerksbetriebe mit Wasserkraft — (siehe die Aufzählung der Handwerksbetriebe) — sind hinsichtlich der männ-

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Holzsätze oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gesellschaftliche Verordnungen und Veranlassungen 20 Pfg., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“



Lichen jugendlichen Arbeiter überhaupt keinen Beschränkungen in der täglichen Arbeitszeit unterworfen, wenn sie in der Regel weniger wie 10 Arbeiter beschäftigen.

Für die oben genannten, von den sonstigen hier aufgezählten Vorschriften ausgenommenen Bäckereien, Konditoreien und Getreidemüllern treten überdies noch folgende Bestimmungen neu in Kraft:

Kinder unter 13 Jahren dürfen in solchen Betrieben überhaupt nicht, Kinder über 13 Jahre nur dann beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind.

Arbeiterinnen über 18 Jahre, die ein Hauswesen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens ein und eine halbe Stunde beträgt.

Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes dies für zulässig erklärt.

Unberührt von allen genannten Vorschriften bleiben außerdem alle Betriebe der genannten Art, soweit lediglich Familienangehörige des Unternehmers darin beschäftigt werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 31. Dezember.

Pofadovskys Ende?

Eine Berliner Montagszeitung kündigt heute in aller Form den Rücktritt des Grafen Pofadovskij als unmittelbar bevorstehend an. Das mag schon sein. Aber bestimmt irrt sich das Blatt in den Ursachen des etwaigen Rücktritts.

Nicht die korrupte Intimität zwischen dem Staatssekretär des Innern und dem Centralverband würde es sein, die den Grafen Pofadovskij unmöglich gemacht hat, nicht über die 12 000 Mark-Affaire würde er stürzen, sondern gerade das Gegenteil hätte zur Befestigung Pofadovskys geführt. Weil er bei den Bued-Deuten aus persönlichen Motiven und aus Gründen des großindustriellen, handels- und socialpolitischen Interesses in Ungnade gefallen ist, darum muß Graf Pofadovskij gehen. Er ist nicht zu intim, er ist nicht mehr intim genug mit dem Centralverband.

Die „Berliner Neueste Nachrichten“ bestätigen heute in einem zum Schein arrangierten Rückzugsgefecht, daß Graf Pofadovskij ein Mann von gestern ist. Sie behaupten heute, sie hätten den Grafen Pofadovskij gar nicht angegriffen, im Gegenteil schätzten gerade die industriellen Kreise die Arbeitskraft und Sachkenntnis des Herrn Grafen Pofadovskij viel zu hoch, um zu einem „Angriff“ gegen ihn überzugehen oder seine Befestigung anzustreben.

Nachdem der Centralverband offenbar glaubt, sein Ziel erreicht und die Entfernung des Grafen Pofadovskij zur vollendeten Thatsache machen zu können, mag ihm aus triftigen Gründen daran liegen, von dem von ihm angestrebten Werke abzurücken. Sie möchten nicht gern als Ministerstürzer erscheinen, um nicht die notwendige Folgerung in politisch denkenden Köpfen zu veranlassen, daß die Centralverbändler auch die Ministermacher seien.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ haben diesen listigen Rückzug in den Hintergrund aber nicht allzu geschickt ausgeführt. Der enge Zusammenhang zwischen der etwa bevorstehenden inneren Streits und der Kriegserklärung des Herrn Bued gegen den Grafen Pofadovskij ist zu offensichtlich. Vielleicht erwirkt der Centralverband, um die Ungeschicklichkeit wieder gut zu machen, dem Grafen Pofadovskij noch eine kurze Gnadenfrist, damit die Welt erst wieder vergessen lerne, daß Herr Bued der Dirigent des Herrn v. Lucanus ist.

Das englische Gold.

In der berichtigten Angelegenheit der 8 Millionen, welche im Geschäftsbericht der britisch-südafrikanischen De Beers-Company als in Köln und Berlin verausgabt geblieben sind, nimmt nunmehr der Urheber der ersten Mitteilung in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, Dr. Liman, persönlich das Wort. Der Berliner Korrespondent des Leipziger Blattes schreibt:

„Ich erkläre, daß die in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, Nr. 348 und 351, veröffentlichten Mitteilungen über gewisse Posten in dem Geschäftsbericht der De Beers-Company von 1900 von mir herrühren. Die „Kölnische Zeitung“ hat diese Mitteilungen als eine Verleumdung bezeichnet. Ich fordere hiermit die „Kölnische Zeitung“ auf, mich wegen dieser angelegentlich Verleumdung gerichtlich zu belangen, wenn anders sie nicht in den Augen jedes anständigen Menschen dauernd gerichtet erscheinen will. Ich bin bereit, alsdann eine Reihe von Zeugen zu nennen, die den betreffenden Bericht gelesen und auch Kenntnis von weiteren, mit der Angelegenheit zusammenhängenden Vorgängen gewonnen haben.“

Herr Liman thut das möglichste, um eine Aufklärung der dunklen Angelegenheit zu hindern. Seine Aufforderung an die „Köln. Ztg.“, ihn gerichtlich zu belangen, ist in keiner Weise ernst zu nehmen, da die „Köln. Ztg.“ als Verleumdung nur die Behauptung bezeichnet hat, sie — die „Kölnische Zeitung“ — sei durch das englische Gold bestochen worden, nicht aber die Mitteilung Limans, daß im Bericht der De Beers-Company die Verausgabung von 1 1/2 Millionen Mark in Köln verzeichnet sei. Wenn Herr Liman nicht nur Zeugen für die Mithiligkeit seiner Angabe hat, wenn er auch noch weitere Kenntnis von unsäuberem Vorgängen besitzt, so wäre es seine Pflicht, offen damit herauszukommen. Das Versteckspiel, das er bisher betreibt, erleichtert die Verwischung von Spuren, die zur völligen Aufhellung dieser Korruption führen könnten.

Andererseits haben wir allen Anlaß, nach wie vor an der Thatsache des mächtigen Waltens der goldenen Hand in der Stellungnahme einflussreicher Kreise Deutschlands zu den südafrikanischen Angelegenheiten festzuhalten. Die De Beers-Company würde, wenn sie es könnte, längst entweder die 8 Millionen-Ausgabe bekräftigen oder mindestens den Versuch gemacht haben, die Harmlosigkeit der Verwendung des Gelds zu beweisen. In einer Scandalaffaire, welche die Oeffentlichkeit von ganz Europa beschäftigt und in der die deutschen Helfershelfer der englischen Kapitalistenwelt schwer compromittiert erscheinen, kann man nicht schweigen ohne zugesehen, daß man Schmutz am Stecken hat.

Auch einige interessante Kleinigkeiten kommen jetzt an den Tag, die das Wirken der goldenen Hand verspüren lassen. So hat ein Deutscher aus Pretoria, der zur Zeit in Weidenburg weilt, in einer Zuschrift an den „Nostoder Anzeiger“ über den südafrikanischen Korrespondenten der „Köln. Ztg.“, Herrn Gehl, folgendes mitgeteilt:

„Ich kenne den Herrn, der sich bei Anfang des Kriegs als boerenfreundlich zeigte und als Kriegskorrespondent in meinem Corps fungierte. Es stellte sich aber bald heraus, daß er ein Spion war. Er wurde verhaftet, genau vor 12 Monaten, vor ein Kriegsgericht gestellt und kam nur durch allzu große Grobmut der Boeren frei. Er wurde des Lands ver-

wiesen, ging nach Lourenço Marques und setzte dort sein sauberes Geschäft für England fort.“

Noch weit reizvoller ist folgende Mitteilung, welche die „Tägliche Rundschau“ aus dem „Reichs-Anzeiger“ vom 13. Dezember dieses Jahres angräbt. Dort hieß es unter „Neu-Erwerbungen der Königlich-niederländischen Museen“:

„Eine Schenkung des Herrn Julius Bernher in London, der der Gemälde-Galerie schon wiederholt wertvolle Zuwendungen gemacht hat, bereicherte diese Sammlung mit einem für die Geschichte der deutschen Malerei außerordentlich wichtigen Monument: acht Tafeln mit Darstellungen aus dem Marienleben und der Passion Christi, die 1437 von Hans Memling ausgeführt worden sind. Die acht Tafeln im Londoner Kunsthandel aufgetaucht und nun für die Berliner Galerie gewonnenen Tafeln bildeten ursprünglich zwei, auf beiden Seiten mit je zwei Darstellungen übereinander geschmückte Altarflügel.“

Herrn Alfred Beit verdankt die Sammlung das kleine blämische Porträt eines jüngeren Manns, das schon der Tracht nach offenbar aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts stammt und in der tiefen und harmonischen Färbung den Bildnissen des Jan van Eyck sehr nahe steht. So daß es für die schwierige Frage nach den Künstlern, die noch gleichzeitig mit ihm in den Niederlanden tätig waren, von Wert ist.“

Die Herren Bernher und Beit sind die Direktoren der räumlichen De Beers-Company. Es ist wahrhaft erfreulich, daß die Herren inmitten ihrer südafrikanischen Goldminen-sorgen noch genug Ruhe fanden, sich für Kunst Dinge zu begeistern und der Kunst erhebliche Geldopfer zu bringen. Es ist noch erfreulicher, daß die englischen Goldkönige ihre Liebe zur Kunst gerade auf deutsche Kunstsammlungen ausströmen ließ, daß sie unsere Berliner Museen durch wertvolle Zuwendungen bereicherten. Wie haben wir die geriebenen englischen Goldmänner unterrichtet, die sich nun als uninteressierte Schützer geistiger Güter selbst im Ausland entpuppen!

Der Widerstand der gelben Rasse.

Wie die spanischen Abenteuer bei der Entdeckung Amerikas, haben sich die Kataklysmen in Ostasien blindlings in ein Welt-erobers-Abenteuer hineingestürzt. Hier wie dort war unersättliche Gier und Herrschgier das treibende Motiv. Hier wie dort wurde wülestes Nordbreitenertum mit christlichem Bekehrungseifer maskiert. Aber der Ausgang dieses Welt-erobers-Abentuers wird nicht der gleiche sein wie vor 500 Jahren. China und Japan sind nicht Mexiko und Peru, die gelbe Rasse ist nicht die rote. Mag der Kolos China momentan aus allen Hingebungen der modernen Conquistadoren wehrlos preisgegeben sein, in seiner tiefen Volksmasse, welcher alten Kultur schlummern latente Kräfte des Widerstands, die durch die Verührung mit den centralasiatischen Militärstaaten des Westens ausgehört werden müssen. Und dann könnte das ostasiatische Breiten-joch fürchterlich an den Schuldigen gerächt werden.

Aber auch Japan wird nicht dulden, daß die Mächte China als Beute-Objekt in die Fänge steden werden. Japans Kaiser-verwandtschaft und seine kapitalistischen Interessen werden das nicht zulassen. Und ist auch Japan zu schwach, um den vereinigten Mächten Widerstand zu leisten, so wird doch die Rivalität der Mächte seinen Einfluß potenzieren.

Neuerlich interessant für Japans Stimmung dem Hummerkrieg gegenüber ist die Auslassung eines japanischen Diplomaten in Petersburg, der offen die Rechte der gelben Rasse auf Verherrschung des Großen Oceans proklamiert.

Der Diplomat erklärte u. a.:

„Japan wird zunächst mit den verhandelten Mächten gemeinsam vorgehen. Aber nur zunächst. Eine Aufstellung Chinas wird Japan nicht zulassen. Sie haben den Atlantischen und den Indischen Ocean, Ueberlassen Sie mir der gelben Rasse den Großen Ocean. Sie wollen das nicht. Um so schlimmer. Wir werden ihn uns sichern. Und wir werden uns in dem Maße wehren, als man uns bedrängt. Sie verbieten die Einfuhr von Waffen nach China. Wir werden China Waffen liefern, denn schließlich werden wir uns mit den Chinesen vereinen und eine starke Nation bilden, die ihre Selbständigkeit zu wahren wissen wird. Wo ist das nationale Selbstbewußtsein der Chinesen besonders deutlich erwacht? In Schantung. Warum gerade dort? Weil dort die Deutschen wirtschafteten, die mit ihrer rücksichtslosen Grabsucht sich daran machten, wie eine Revellierungsmaschine in den Chinesen alles das zu erdrücken, was diese im Laufe von vielen Jahrhunderten verehrt haben. Die deutsche Politik ist aber die typische Politik der Europäer. Die Europäer verachten alles nicht Europäische. Ihre Meinung nach sind die Gelben, die Schwarzen, die Rothäute Geschöpfe niedersten Ranges. Man dreißt sie wie Affen, aber man will sie sich nicht assimilieren. Ihre civilisatorische Mission in China ist im Grunde nur ein kommerzielles Unternehmen. Sie leiden an Ueberproduktion in Europa. Ihre Finanziers machen eine Kapitalreise durch und entscheiden ihre Handlungstendenzen in fremde Länder. Mit Revolvern in den Händen zwingen sie die Länder, europäische Waren zu kaufen, die Sie loswerden wollen, weil Sie nicht wissen, wohin mit ihnen. ... Und Sie glauben, Sie würden siegen? Niemals. Alle Ihre Rechte, Ihre Forderungen und die, welche Sie nach neuen Verträgen erwerben werden, werden flüchtig sein. Das gelbe Volk wird Sie stets hassen, und was Sie heute errichten, werden Sie morgen verlieren. ... Ich habe in Amerika meine Erziehung erhalten, habe lange in China gelebt, lebe in Europa und habe Ihre Gesellschaft gründlich kennen gelernt und studiert. Ihre Civilisation — ich spreche nicht von der materiellen, sondern von der moralischen Civilisation — wird weder von uns, noch von den Chinesen jemals angenommen werden. Unsere sittliche Weltanschauung kann durch Eisenbahnen und Geschäfte nicht vernichtet werden.“

Der Japaner empfiehlt den Mächten schließlich, dem Beispiel Rußlands zu folgen und sich jeder zudringlichen Einmischung in die chinesischen Verhältnisse zu enthalten. Das sei zwar ein Verzicht auf die erhofften Erfolge, aber es sei ja das Geschäft der Diplomaten, sich mit guter Diene-in's Unabänderliche zu finden.

Europa hat Millionen ausgegeben, aber es wird sie nie von China zurück bekommen. Europa ist einem Spieler gleich, der, um seinen ersten Einsatz zurück zu gewinnen, seine Einsätze immer vergrößert und schließlich ein ganzes Vermögen auf eine Karte setzt, dabei aber vergißt, daß er im günstigsten Fall doch nur kaum den Einsatz zurückgewinnt. Stellen Sie den Chinesen keine schweren Friedensbedingungen, sie werden sich ihnen nicht unterwerfen und können sie nicht annehmen. Sie aber werden in einen Kampf hineingezogen, der über Ihre Kräfte hinaus geht.“

Die Aufstellung des „chinesischen Kunden“ wird, davon sind auch wir überzeugt, eine Fiktion sein. Alles, was die Kataklysmen im wesentlichen erzingen werden, wird das Zugeständnis der „offenen Thür“ sein. Diese offene Thür würden die Mächte aber auch ohne die Verkleidung der Hunderte von Millionen und ohne die Schmach des Hummerkriegs auf sich zu laden, zugestanden erhalten haben, wenn sie die Moral nicht so vollständig aus ihrer Chinapolitik ausgeschaltet haben würden. Nun, der japanische Kolos hat aus der Schule geloudert: die Diplomaten der Kataklysmen werden selbst den jämmerlichsten Mißerfolg in den grandiosen Erfolg umzuwandeln und namentlich unser Bilow wird kein in Arm mit Baldersee das neue Jahrhundert in die Schranken zu fordern wissen.

Wie sich die Kreuzfahrer christlich amüßeren? Eine am 16. Oktober aus Tientsin datierte Feldpostkarte eines deutschen Kulturpioniers — das Original haben wir in Händen gehabt — enthält die folgenden Sätze:

... Die Chinesinnen sind greuliche Bestien, mit denen ich, ebenso wenig jeder andre, nichts zu thun haben möchte. Nicht mit Moskowich zu sprechen. Wir verwenden sie nur zum Sachen nähen. Auch muß sich mitunter so ein Best auf einen Geiß setzen und einen kleinen Todesritt machen, bis ihn zuletzt runterfällt, das größte Vergnügen für uns. Auch muß so mancher Langzopf sein Leben lassen, wenn er nicht thun will wie ihm befohlen. Privatvergnügen jeder Art giebt es alle Tage, doch wagt sich keiner von ihnen auszurücken, da überall Posten stehen. ...

Die germanische Sittlichkeit und die christliche Nächstenliebe dieses freiwilligen Musterpatrioten sind bezart, daß wir mit Entsetzen uns vorstellen können, welche „Kräfte“ in dem europäischen Militarismus schlummern. Es ist keine Uebertreibung, es ist blutige Wahrheit: Die Zeiten des dreißigjährigen Kriegs sind zurückgekehrt, da man es auch unter die wüthlichsten Privatvergnügungen rechnete, Weiber schimpflich zu quälen und Männer zu mordern, wenn sie nicht thun wollten, was sie die „Meutler“ zu thun hießen.

Wenn man die Thaten der Peters, Leißt, Arenberg verlausend-

sacht, so hat man in einem schwachen Krieh den chinesischen Feldzug. Das Kulturgewissen des Volks wird Rechenhaft von denen fordern, die für diese Mißthaten einer grauenhaften Verletzung verantwortlich sind, auch wenn Herr v. Soltz, der preussische Kriegsminister, immer noch nichts ontlich von dem weiß, was in zahllosen Zeugnissen gen Himmel schreit. —

Der Kanal-Wir. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ hat keine Angst vor der starken Regierung und dem unbedingten Willen. Sie meint:

„Wem die Zeit der Ablehnung der früheren Kanalvorlage nicht geeignet war, den Kampf mit einer widerwilligen Mehrheit anzunehmen, so dürfte die Zeit der bevorstehenden Tagung des Landtags das noch viel weniger sein.“

Die neue Kanalvorlage, die aus Miquels Hirn entsprossen, ist ja auch nur dazu da, um allseitig abgelehnt zu werden. —

Der weltpolitische Neujahrskater. Nachdem die „Welt am Montag“ das ganze Jahr über sich national-social für Panzerlärm, Weltpolitik, Imperialismus und Hummerkrieg begeistert hat, zieht sie am Schluß das Ergebnis der neuen Weltwende-Politik wie folgt:

„Am Montag aber ist das Ereignis verlaufen, das die freieste Welt begreift: der Gang nach Peking. Wie diese Aktion fast dem gesamten politischen Leben des verflochtenen Jahres den Stempel aufgedrückt hat, so ist es auch von ausschlaggebender Bedeutung für unser wirtschaftliches Leben geworden: es hat den Rückgang besiegelt. Die dadurch hervorgerufene Geldmarktgestaltung, die zuerst vor den neuen Anteilen, die Arbeitseinstellungen im Rheinland, sind die einzelnen Stappen des Rückgangs geworden. Und heute ist sich wohl jeder Verkündige darüber klar, daß weite Gebiete unfres Außenhandels eine dauernde Schädigung durch die Art unfres Vorgehens in Ostasien davontragen werden.“

Diese Aufzählung, welche lediglich die kritischen Voraussetzungen der socialdemokratischen Besse bestätigt, findet sich allerdings in dem vernünftigen Teile der „W. a. M.“ —

Die Tactik des Dreißigstegels. Die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“ hat die Freiheit, für die im Sternberg-Prozess enthaltene „Kinderprostitution“ die Socialdemokratie verantwortlich zu machen. Sie bemerkt:

„daß in der völlig planlosen Anhäufung von Menschen in den Großstädten und in dem dadurch herbeigeführten Zusammenstoß arbeitloser und bedenklicher Elemente, die durch die socialdemokratischen Lehren ihres letzten moralischen Halbs herabzu werden, erst der Sumpfboden geschaffen worden ist, auf dem eine so ekelregende Pflanze gedeihen und ihre widerliche Nahrung finden konnte.“

Wir wissen nicht, ob die „Deutsche Tageszeitung“ meint, daß Herr Sternberg oder die Wozda oder die Ehler durch die socialdemokratischen Lehren ihres moralischen Halbs herabzu worden sind. Oder etwa die Kavallerie, die den Agrariern recht nahe stehen, die sehr zahlreich den Sternberg-Kaisern hübsigen; soll doch sogar nach den Prozeßverhandlungen ein Offizier in Uniform die fischerische Kinderhube besudet haben! Oder ist jene läbliche Pastorin etwa von socialdemokratischen Lehren verdoeben worden, von der neulich gerichtlich festgestellt wurde, daß sie mit allen männlichen Mitgliedern der Gemeinde Liebesvoll verkehrt und selbst die Passanten nicht verschonte, die dafür aber auch den einzigen, der ihr widerstand, unterm Elbe fährlich beschuldigte? Oder sind die Gummien in China unsere Schüler?

Das Zusammenbringen, wenn nicht in der Großstadt, so doch in engen Mietkellern, ist gewiß ein beklagenswerthes Uebel, gegen das aber niemand energischer ankämpft, als gerade die Socialdemokratie. Weislich schämern jedoch die „Anhänger“ in den obern Wohnpalästen für das agrarische Proletariat. Hat doch erst kürzlich ein Arzt die Schmitterhäuser, in denen Alt und Jung, Mann, Weib und Kind, Verheiratete und Ledige durcheinander schlafen, als läudliche Vorbelle bezeichnet!

Eine eigentliche Kinderprostitution mag es ja im Paradies der Jünger nicht geben. Daß es aber dort überhaupt Kinder giebt, die noch unberührt von dem Geheimgewissen des geschlechtlichen Lebens sind, leugnet sehr entschieden jenes große Sammelwerk über die Sittlichkeit auf dem Lande, das von evangelischen Pastoren abgefaßt ist.

Also wozu das heuchlerische Gerede über die Tugend auf dem Lande und die Sünde in der Stadt! Daß heißt Herrn Sternberg von Keuschheit oder Herrn Sanden von Ehrlichkeit reden hören. Die Beschuldigung der Socialdemokratie gar ist ebenso nutzlos wie dummt. Die Kriminalstatistik lehrt, daß die Noheit und Unsitlichkeit der Jug-Verderbnis uns für ihr Werk verantwortlich machen so ist das der alte Kniff derer, die „Halten den Dieb“ schreien! —

Professor Laband, einer der deutschen Hofjuristen, die alles betreiben, was gefallt, besaß sich in der „Deutschen Juristenzeitung“ mit den im Reichstag eingebrachten Entwürfen des Centrums und der Socialdemokratie, welche die Schaffung einer wirtschaftlichen Verantwortlichkeit des Reichsregier beabsichtigen. Der Herr Professor gesteht dem socialdemokratischen Antrag den Vorzug der Folgerichtigkeit vor den Centrumsanträgen zu, um ihn um so erregter abzuwehren. Der Sinn des Antrags sei der, den Kaiser zu einer Marionette des Reichsregierers und den Reichsregier zu einer Marionette der Reichstagsmajorität herabzulwürdigen.

Daß die Volkvertretung und das ganze deutsche Volk am Draht unverantwortlicher Minister mittelwäg in blutige Kriege verstrickt wird, zahllose Millionen durch Schuld Einzelner zahlen, die schlimmste Korruption in höchsten Reichsämtern dulden muß — dagegen hat Herr Laband nicht das geringste einzuwenden! —

In dem Pöblicher Buchhandlungs, dessen Gedächtnis ja soeben durch die Entlassung zweier der Opfer wieder aufgeführt worden ist, wird uns von gut unterrichteter Seite die überraschende Mitteilung gemacht, daß jetzt einer der beteiligten gezeichneten Geschwornen ein ausführlich begründetes Gnaden-gesuch gemacht hat. Das Gesuch ist mit einer Ausnahme von



den sämtlichen beteiligten Gewerkschaften (zwei sind unterdessen verstorben) unterzeichnet worden.

Ueber den Inhalt des Gesuchs erfährt man, daß es mehr als eine Bitte um Gnade enthalten dürfte.

Das Gesuch soll von der sächsischen Regierung abschlägig beschieden worden sein.

Wie dem auch sein mag, soviel ist gewiß, daß auch die sächsische Regierung diesem Urteil gegenüber nicht auf dem Standpunkt ihres Generalsstaatsanwalts Rieger steht.

**Die Hamburger Handelskammer hat den Jahresbericht für 1900 erstattet.** In der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns, der der Bericht vorgelegt wurde, ist bezüglich der Handelsverträge die nachstehende Resolution beschlossen worden:

Die Blüte und Weiterentwicklung des auswärtigen Handels sind erforderlich für das wirtschaftliche Gedeihen und insbesondere für die Weltmarktstellung Deutschlands. Der auswärtige Handel bedarf stetiger Verhältnisse, wie sie durch langfristige Meistbegünstigungs- und Tarifverträge nach Art der bewährten jetzigen Handelsverträge gewährleistet werden können. Eine Erhöhung der Zollsätze über den jetzigen Vertragstafel hinaus würde den Abschluß günstiger Handelsverträge erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Die Erhöhung der industriellen Zölle würde bei dem hohen Stand unserer immer mehr auf den Export angewiesenen Industrie unzulässig und schädlich sein. Die Erhöhung der Landwirtschaftlichen Zölle würde der Landwirtschaft keinen dauernden Nutzen bringen, dagegen die Industrie und die unbemittelte Bevölkerung schwer schädigen und die sozialen Gegensätze verschärfen.

### Heberckschwulst und Arbeitsüberbürdung bei den Reichs-Eisenbahnen.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Mit Recht nimmt die Presse jeden einzelnen der gerade in der letzten Zeit sich wieder gewaltig häufenden Eisenbahn-Unfälle zum Anlaß, um die staatlichen Eisenbahn-Verwaltungen auf die verderblichen Folgen der Überbürdung des Fahrpersonals durch übermäßig lange Dienststunden und ungenügende Ruhepausen hinzuweisen. Noch allem hat man sich bis jetzt an den maßgebenden Stellen noch nicht bewegt gefühlt, in der erwähnten Richtung mittels durchgreifender Reformen Wandel zu schaffen. Das Bestreben, aus dem staatlichen Eisenbahn-Vertriebe möglichst große Ueberkräfte herauszuwickeln, ist nach wie vor das leitende Prinzip der Verwaltungen geblieben, und erst in zweiter Linie kommt dann die Rücksicht auf die Wohlfahrt des Betriebspersonals und damit auf die Sicherheit des Verkehrs.

Nicht weniger als 25 764 379 M. beträgt der Reingewinn, den die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen in dem mit dem 1. Oktober abgelaufenen Betriebsjahr 1899/1900 abgeworfen haben, während er noch im Jahre 1873 sich nur auf rund 2,2 Millionen belaufen hatte. Welcher riesige Anforderungen man an die Leistungsfähigkeit der unteren Eisenbahnbetriebsstellen stellt, um nachher vor dem Lande mit gleich glänzenden Ergebnissen paradiere zu können, das zeigt ein Bild in dem mit dem 1. Oktober in Kraft getretenen Dienstplan für das Zugbegleitpersonal der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen. Derselbe bestimmt an erster Stelle, daß jeder Beamte und Arbeiter monatlich mindestens zwei ganze freie Tage erhält, von denen einer auf einen Sonntag fallen soll. Genügt schon diese Bestimmung nicht im geringsten den Anforderungen, die man an die Fürsorge einer staatlichen Verwaltung für die Wohlfahrt ihrer Beamten und deren Familien zu stellen berechtigt ist, so zeigen die im einzelnen von dem Unterbeamtenpersonal verlangten Arbeitsleistungen vollends ein Bild der Kräfte-Ausnützung, wie sie selbst der raffigierigste Privatunternehmer nicht über schrauben kann.

Greifen wir als Beispiel den Dienst heraus, wie er sich nach jenem Plan für die Zugführer und Schaffner der Station Straßburg gestaltet! Der Beamte fährt in Straßburg ab um 9,57 Uhr vormittags, kommt in Osel (141 Kilometer) an 8,37 Uhr nachmittags, verläßt Osel zur Rückfahrt 4,50 Uhr, kommt in Straßburg wieder an 7,07 Uhr nachmittags und hat es wieder zu verlassen 10,13 Uhr abends zu einer Fahrt nach Wülhausen (109 Kilometer), wo er nachts 12,49 Uhr ankommt. Er verläßt Wülhausen dann am andern Vormittag 11 Uhr, trifft in Straßburg wieder ein um 1,58 Uhr nachm., verläßt Straßburg wieder um 5 Uhr, um über Rosheim nach Schleißstadt zu fahren (88 Kilometer), wo er um 6,50 Uhr abds. ankommt. Die Rückreise nach Straßburg erfolgt 8,45 Uhr, die Ankunft in Straßburg 10,42 Uhr abds.

Jedermann, der die Verhältnisse im Eisenbahndienste kennt, weiß, daß die etwa zehnstündige Unterbrechung dieser zweitägigen Tour durch die Ruhepausen in Wülhausen keineswegs eine genügende Erholung für den Beamten bedeutet. Nur allzu oft haben die Tage Verspätungen, dann braucht der Mann auch einige Zeit, um durch Einnahme von Speise und Trank wieder zu Kräften zu kommen, und endlich kann auch von einer ordentlichen Erholung in den Heberckschulstalen des Personals, wo jede Bequemlichkeit fehlt, kaum die Rede sein. Gleichwohl muß in dem vorliegenden Fall der Beamte, wenn der Abschluß der zweitägigen Tour in Straßburg auf einen Donnerstag, Sonn- oder Feiertag fällt, am gleichen Abend schon um 11 Uhr (die Ankunft erfolgte 10,42 Uhr) nach Ruyig (21 Kilometer) fahren, um erst um 1/1 Uhr nachts wieder in Straßburg zu sein.

Als eine anstrengende Leistung ähnlicher Art erweist sich auch der Dienst der in Straßburg stationierten P a s s a g e i e r. Es fahren 5,55 Uhr vormittags ab, sind 10,40 Uhr in Osel, den Abfahrtsort dort erfolgt 2,45 Uhr nachmittags nach Schleißstadt, wo der Beamte 5,51 Uhr eintrifft und „Nachruhe“ hat. Er verläßt Schleißstadt wieder am andern Morgen 5,10 Uhr, kommt in Straßburg 7,07 Uhr an, verläßt es wieder 8,50 Uhr, um in Lauterburg 10,43 Uhr einzutreffen. Die Rückfahrt nach Straßburg erfolgt 12,26 Uhr, die Ankunft in Straßburg 2,31 Uhr nachmittags. Am Witternacht verläßt der Beamte dann Straßburg wieder zur Fahrt nach Wülhausen, wo er 4,40 Uhr vormittags eintrifft. Kurz vorher ruhe geht die Fahrt um 8,10 Uhr vormittags nach Straßburg zurück, Ankunft dort 11,40 Uhr vormittags.

Technisch liegen die Dienstverhältnisse auch bei den Bremsern und Wagenwärtern.

Dah durch derartige, am grünen Tisch der betriebstechnischen Bureau kein äußerlich aufgestellte Dienstplan das Normalmaß der Leistungsfähigkeit des Personals weit überschritten wird, darüber kann ein Zweifel nicht bestehen. Die Folgen treten dann in den zahlreichen Eisenbahnunfällen zu Tage. Im Interesse der Eisenbahnangestellten selbst wie in demjenigen der Sicherheit des reisenden Publikums muß daher immer wieder die Forderung einer durchgreifenden Verringerung der Dienststunden im Eisenbahnbetriebe erhoben werden.

### Ausland.

#### Schweden.

Der Entwurf der neuen Militärverträge fordert eine jährliche Mehrausgabe von 22 350 000 Kronen. Die Mehrausgaben sollen durch eine Erhöhung der Steuer auf Grundbesitz, eine Erhöhung der Einkommensteuer, eine Verbrauchssteuer, ferner durch direkte Steuern, nämlich eine Besteuerung der Genussprodukte sowie eine Erhöhung der Branntweinsteuer aufgebracht werden. Sollten diese Steuern zur Deckung nicht ausreichen, so gedenkt man auch den Kaffee, den Tabak und den Wein zu versteuern. Der Wozog Militarismus laugt also auch in Schweden gleich einem Riesenschlangen am Marke des Volks.

### England.

**General Colvile gegen Lord Roberts.** General Colvile war seiner Zeit vom südafrikanischen Kriegsschauplatz abberufen worden, weil er durch sein Verhalten verursacht habe, daß bei Lindley 500 Mann Heomanry vor den Boeren die Waffen strecken mußten. Colvile äußerte sich nun unlängst gegenüber einem Vertreter des „Reuterischen Bureau“ über die mit seiner Abberufung zusammenhängenden Vorgänge. Er sagte, an dem Uebergehen von Lindley sei nicht er schuld, sondern die Unzureichendheit der ihm vom Generalstab zugegangenen Informationen sowie das Verhalten des Kommandanten Sprague der 500 Mann Heomanry, die bei Lindley kapituliert haben. Er, Colvile, habe von Lord Roberts bestimmten Befehl gehabt, Heilbron zur festgesetzten Zeit zu erreichen, und er könne nicht zugeben, daß die Sicherheit der 500 Mann Heomanry, obgleich mehrere Millionen darunter waren, wichtiger gewesen sei, als die Sicherheit der von ihm befehligten 4000 Mann schottischer Truppen oder als der Erfolg einer bedeutenden allgemeinen Bewegung. Der General bemerkte, er gebe sich nicht zum Sündenbock des Generalstabs her, dem er auch noch in anderen Punkten scharfe Vorwürfe macht.

Wenn die Herren Generale sich gegenseitig den Pelz wuschen, können am Ende ganz erbauliche Dinge zu Tage gefördert werden.

### Frankreich.

**Einem Schlag gegen die Gewerkschaften hat die nationale Majorität des Pariser Stadtrats geführt.** Mit 48 gegen 32 Stimmen wurde in der Sonnabend-Sitzung die Weiterzahlung der Subvention von 110 000 Fr., die bisher die Stadt Paris jährlich der Arbeiterbörse zahlte, abgelehnt. Die liberal-nationalistische Mehrheit stützte sich, um ihr arbeiterfeindliches Vorgehen zu demanteln, in heuchlerischer Weise auf das Dekret vom 17. Juli 1900, durch welches die Arbeitshörse von der Vormundschaft der Präfekten befreit werden. Man stellte sich so, als ob man der Arbeitshörse ihre volle Freiheit gebe.

Das Disziplinargericht, welches über die Angelegenheit Tuignet entscheiden soll, trat Montagvormittag in dem Fort Mont Valerien zusammen und vernahm mehrere Zeugen, darunter die Generale Galliffet, Jurisinden, Voisard, Lugeac, Roger sowie Cavagnac. Sämtliche Zeugen gaben ihre Aussagen persönlich ab mit Ausnahme des Generals Chanoine und Frencinet, welche ihre Zeugenaussagen telegraphisch übermittelten und des Generals Fabre, welcher nicht zeitig genug erscheinen konnte. Das Disziplinargericht wird seinen Bericht dem Kriegsminister übermitteln.

### Italien.

Der Prozeß De Felice-Codronchi ist beendet und hat einen Verlauf genommen, wie das in Italien voranzufahren war: De Felice und der „Avanti“ sind verdonnert worden. Der Prozeß hat ein erschreckendes Antlitz von den herrschenden Zuständen der Insel: Räuber, Diebe und Mörder wurden während der Wahlzeit aus dem Gefängnis beurlaubt, und auf die oppositionellen Kandidaten losgelassen. In der Urteilsbegründung wird zwar anerkannt, daß fast für alle Angaben, die De Felice aufgeführt hat, um zu beweisen, daß die Regierung sich der Mafia zu Wahlzwecken bedient hat, der Wahrheitsbeweis erbracht worden ist, aber es wird nicht als erwiesen erachtet, daß für jene Regierungshandlungen Codronchi (der damalige sozial. Kommissar in Sicilien) verantwortlich sei. De Felice hatte folgende Thesen behauptet: „Da die Thatlagen als richtig erwiesen sind, so ist es nur logisch, daß ich sowohl als Journalist wie als Politiker annehmen mußte, daß der höchste Regierungsvertreter der Insel, der Zivilkommissar Codronchi von den Antrieben gewogen haben mußte und ich ihm für einen Teil derselben die Verantwortlichkeit aufbürdete. Und hierbei betrachtete ich den Codronchi nicht als Privatmann, sondern als öffentlichen Beamten und that nichts andres, als in ehrenvoller und hoher Weise eine Kritik zum Besten meines geliebten Sicilien anzubringen.“

Dieses Raisonnement war logisch und gerecht, aber das Tribunal ließ die These von der Trennung des öffentlichen Beamten von der Privatperson und verurteilte De Felice wegen Verleumdung zu 18 Monaten Gefängnis und unsern „Avanti“ zu Schadenersatz und Kosten.

Die Richter — mit der einzigen Ausnahme von Neapel — sind der Regierung gleichgültig. In den letzten Tagen hat die Pro-paganda von Neapel die offiziellen Rapporte der beiden Ex-präfekten von Neapel, Risozio und Lenise an die Regierung publiziert. Aus diesen geht hervor, daß seit langen Jahren den verschiedenen Ministern am Ruder, den Giolitti, Crispi, Rudini, Pelloni, die Schweinereien der Bande Casale und ihrer Camorra bekannt waren, aber daß keiner der erlauchten Exzellenzen die Courage hatte, die Art an die Wurzeln zu legen. Seit etwa 20 Jahren haben die verschiedenen auf einander folgenden Regierungen einen wahren Kompromiß mit der Abgeordnetenschaft von Neapel und dem Süden geschlossen, und als Entgelt für die circa 50 Regierungstimmen, die jene im Parlamente abgaben, haben die Regierungen ein Auge zugeknipft, wenn jene Herren Vertreter mit den erbärmlichsten Mitteln ihre Provinzen tyrannisieren. Die schlaunen und egoistischen Präfekten begriffen bald das Spiel und ließen den starken laufen wie er wollte und wenn einmal ein ehrenvoller und würdiger Präfekt auftrat und den Angriffen der lokalen Größen die Stirn bot, so erließ zwar die Central-Regierung einige jeuitische Verweise — aber der anständige Beamte wurde von seinem Posten schleunigst verjagt; das geschah dem Präfekten Lenise und passierte Cavasola. Bei den letzten Wahlen nun und zwar gerade im Wahlkreis des Camorristen Colale hat die Regierung Saracco es nur ihren Vorgängern nachgemacht.

### Rußland.

**In Kiew sind wieder Studenten-Unruhen.** Der nächstliegende Vorwand war der, daß den Studenten ein Ehrengericht über einen ihrer Kameraden vom Universitäts-Inspektor unterlag worden. Eine Studentenversammlung, die deswegen einberufen war, wurde aufgelöst; am nächsten Tage versammelten sich die Studenten dessen ungeachtet abermals und wurden in ihren Verhandlungen nicht gestört; nachdem letztere beendet waren, schritten die Studenten mit Chorleitung durch die Flurgänge der Universität. Der Universitätsvorstand erließ darauf eine Verfügung, der zufolge 5 der sogenannten Einführer und Aufwiegler der Studenten entweder auf 3 Jahre die Universität verlassen oder sich auf 3 Tage in den Karzer einsperren lassen sollten. Als am folgenden Tage die Studentenversammlung den Inspektor berief, wollte letzterer nicht erscheinen. Darauf wurde die Einstellung der Vorlesungen beantragt und angenommen; eine darauf folgende Versammlung, die den Inspektor zum zweitenmal zu erscheinen, um mit einer Studenten-Deputation zu konferieren; als letzterer sich zum zweitenmal weigerte, auf irgend welche Unterredungen einzugehen, beschloß die Versammlung vor seinem Erscheinen die Universität nicht zu verlassen. Am 7. Uhr abends füllten die Säle der Universität mit Kosaken; General Novitsky an ihrer Spitze. Das ganze Gebäude wurde von Truppen umzingelt; nach einer Reihe von erfolglosen Drohungen rief der Gendarmen-Oberst und der herbeigekommene Gouverneur, die Forderungen der Studenten anzuhören; der Inspektor und der Rektor hörten zwar die Forderungen des Präsidenten der Versammlung an, lehnten sie aber kurzweg ab. Der Präsident erklärte angesichts der ganzen Gendarmerie, der Truppen und der höheren Beamten die Einstellung der Vorlesungen für begonnen. Die Namen der demonstrierenden Studenten wurden einregistriert; das Urteil soll in diesen Tagen gefällt werden. Näheres ist noch nicht bekannt. Nächstens mehr.

### Afrika.

Eine neue englische Niederlage ist alles, was der englische Telegraph vom Kriegsschauplatz in Südafrika zu melden weiß. Nach einer Depesche des Lord Ritzener wurde am 30. Dezember

der britische Posten in Helvetia, einer starken Stellung an der Bahn von Machadodorp nach Lydenburg, von den Boeren genommen. Dabei sind 50 Engländer gefallen oder verwundet worden und 200 in Gefangenschaft geraten. Oberst Ritzener meldet, er folge dem Feinde mit einer kleinen Abteilung auf dem Fuße. Die Wiederbesetzung von Helvetia werde durch Verstärkungen von Belfast angeführt.

Endlich also erhalten wir wieder einmal eine Meldung vom nordöstlichen Teil des Kriegsschauplatzes — aber auch diese Nachricht wird die trübe Weihnachtssimmung in England schwerlich in eine heitere Silvesterstimmung verwandeln. Sind auch die Niederlagen, auf die England an der diesmaligen Jahreswende zurückblickt, mit den Niederlagen am Modderflus, bei Magersfontein und bei Colenso, die ihm die vorige Neujahrsfeier bezüglichen, nicht zu vergleichen, so liegt die Beendigung des Kriegs doch auch heute noch in mindestens ebenso grauer Ferne. Vielleicht sieht man in England die Lage noch als trostloser an, als vor 12 Monaten. Damals konnte man doch, nachdem Buller die auf ihn gesetzten Hoffnungen so bitter enttäuscht hatte, von dem Rückschub der gewaltigen Truppenmassen, die man mobilisierte, und von der Gemüthlichkeit der noch unverbauten Feldherrn eine Bende erwarten. Heute jedoch hat England alles, was es an Truppen zusammenzubringen konnte, nach Südafrika geworfen, hat es seine besten Strategen versucht, um als Endergebnis ein Wiederaufleben des Widerstandes an allen Enden, ja eine neue Invasion der Kapkolonie zu erleben.

Angesichts dieser Lage ist es nur zu erklärlich, daß man in London nach andern tröstlichen Momenten sucht. Diesem Hunger nach Nachrichten ist wohl auch die Londoner Meldung entsprungen, daß Louis Botha den Kommandanten Spruyt benachrichtigt habe, daß Präsident Krüger Informationen gesandt habe, nach welchen die Boeren entweder die Waffen niederlegen oder den Kampf ganz allein fortsetzen müßten, da jede Hoffnung auf Hilfe ausgeschlossen sei.

Es ist kaum anzunehmen, daß Krüger eine derartige Information gerade in einem Augenblick nach Südafrika gesandt habe, in dem das Kriegsglück die Boeren wieder einmal so außerordentlich begünstigt. Aber selbst wenn die Londoner Nachricht auf Wahrheit beruhe, böte sie England nur einen mageren Trost, da die Boeren ihre Jübersicht doch bereits seit geraumer Zeit nur auf ihre eigne Kraft zu setzen.

Die Lage in der Kapkolonie ist nach einem Telegramm Lord Ritzeners „wenig verändert“. Die östliche der in die Kolonie eingedrungenen Boerenabteilungen habe sich, wie es scheint, in kleine Teile gespalten, die westliche Abteilung rüde auf Carnarvon, scharf verfolgt von DeWet und Thorneycroft. French habe Ventersdorp besetzt. Clements meldet, er sei auf der Straße nach Rustenburg auf Widerstand gestossen. Die nach Osten führende Bahnlinie sei in der Nähe von Pan in die Luft gesprengt; auf der Linie nach Standerton sei heute morgen in der Nähe von Baal-Station ein Zug aufgehalten worden. Die Abteilung Whites ist in Senekel eingetroffen. Die Generale Knox und Byles verhinderten DeWet an einem Durchbruch nach Seder. Enthält dies Telegramm Ritzeners wenig Günstiges für die Engländer, so lautet die aus Burgersdorp nach London gelangte Nachricht, daß ein neues Boerenkommando in die Kapkolonie eingefallen sei und ein weiteres Kommando von Steynburg her erwartet werde, direkt ungünstig.

### Amerika.

**Ankauf Dänisch-Westindiens durch die Union.** Der amerikanische Gesandte in Kopenhagen hat der dänischen Regierung mitgeteilt, Amerika wüünne die westindischen Inseln zu kaufen, wenn Dänemark dieselben für zwölf Millionen Kronen verkaufen wolle; mehr werde Amerika in keinem Fall geben.

### Partei-Nachrichten.

**Noch einer.** In den lippischen Landtag ziehen nicht nur 3, sondern 4 Socialdemokraten ein. Bei der Stichwahl im 2. Wahlkreis, die am letzten Tage des alten Jahres vorgenommen wurde, erhielt der socialdemokratische Kandidat Genosse Schmul 361 Stimmen, der parteilose Gegenkandidat Jede 718 Stimmen. Vier von 21, das ist für den Anfang wirklich ganz anerkanntenswerth. Hoffentlich werden es in 4 Jahren noch mehr.

**Gemeindevahlen.** In der sächsischen Gemeinde Herold wurde ein Socialdemokrat in den Gemeinderat gewählt. In Wirttemberg ging in Weisingen und Deißlingen der socialdemokratisch-volksparteiliche Jettel glatt durch. Socialdemokraten wurden im ersten Orte einer und im zweiten drei gewählt.

In Groh-Vorstel (Hamburg) wurden 2 socialdemokratische Gemeindevorteiler gewählt.

**Von der Agitation.** Der mecklenburgische Volkskalender für 1901 ist am Donnerstag in den Dörfern der sieben mecklenburgischen Reichstags-Wahlkreise in einer Auflage von 95 000 Exemplaren verteilt worden. Die Verteilung ging glatt von statten.

### Der Versammlung der Pfandbriefgläubiger der Preussischen Hypothekbank

Am Montagvormittag lag ein Bericht des Aktionär-Ausschusses vor, der seit Sonnabend publiziert ist. Der Ausschuh der Pfandbriefgläubiger selbst (Schuldberechnung) ist merkwürdig juridhaltend mit seinem gedruckten Bericht; man hält mit der Verteilung jurid bis unmittelbar vor Eröffnung der Versammlung, anstatt die Drucksache am Eingange zu verteilen.

Der Bericht des Aktionär-Ausschusses, glebt in Verbindung mit dem Bericht an die Grundschuld-Obligationäre einigermaßen einen Einblick in die Umstände. Allerdings giebt er Veranlassung zu mancher Frage. Die beigegebene Uebersicht der Bankleistungen, wie sie Anfang Dezember zusammengestellt wurden, ist fast wertlos; für die Versammelten hätte eine Uebersicht der Namen aller verantwortlichen Personen seit 1896 vorgelegt werden sollen. Anfang Dezember bestanden die Bankleistungen nur noch in flüchtigen Ueberresten.

Der Aktionärbericht giebt ferner einige Uebersichten der Etatsanschlägen, Bilanzverhältnisse und Verhöbe gegen das Hypothekendarlehen. Persönliche Beträge sollen ansehnend nur den beiden Eduarden, Schmidt und Sanden, zur Last.

Obwohl die Berichte selbst die Veranlassungen des Mangel als Ursache vieler Mißstände belegen geht die neu gewählte Vertretung dieselben Wege — im einzelnen verfährt man so: Herr Emil Salomon ist sowohl im Ausschuh der Pfandbriefgläubiger als in dem der Aktionäre. Der Versuch des Vorsitzenden — wieder Justizrat Kempner —, für dieses Doppelmandat eine nachträgliche Genehmigung seitens der Versammelten zu erhalten, erschäfer Widerspruch, worauf Herr Salomon auf diese Genehmigung zunächst verzichtet; am Schluß wird Herr Salomon in den Ausschuh wiedergewählt.

Vertreten sind 305 1/2 Millionen Mark, davon vertritt die Schuldberechnung 300 Millionen. Die Diskussion ist also nur von formeller Bedeutung. Einige Rabiate aus der Provinz werden von einem andren Redner leicht überwältigt, der den olympischen Mächten der Treuhänder ein überströmendes Danloper bringt. Die Versammlung glebt der Treuhänder-Gesellschaft die Ermächtigung zur Wahrnehmung der Rechte aller Pfandbriefgläubiger und schließt die Geltendmachung durch die Einzelnen aus; sie genehmigt ferner die Stundung der Januar und April fälligen Zinsen „bis auf weiteres“. Dieser Antrag wird mit allen gegen die von Rechtsanwält Stettiner vertretenen 2000 R. angenommen.

Die Treuhänder-Gesellschaft, die sich bisher die Direktiven des Ausschusses der Gläubiger hat gefallen lassen, erklärt, daß sie jetzt — mit den Vollmachten über 300 Millionen in der Tasche — zwar mit dem Ausschuh in Fühlung bleiben, aber sich nicht kommandieren lassen wolle.



In der Debatte über die Hypothekendarlehen. Von den 358 Millionen sind 331 Millionen geprägt und davon nur 26 Millionen zu beanspruchen. Diese sind aber keineswegs als wertlos anzusehen und insgesamt also große Verluste für die Pfandbriefgläubiger nicht zu bezagen. Diese Zone gefassten der Versammlung außerordentlich, ebenso wie die Rede des Geheimrats Stier von der Mitteldeutschen Bodenkreditbank in Greiz, der zur Klärung der Verhältnisse berufen worden ist. Er rühmt den gesunden Sinn des Hypothekendarlehenbauers; nur die Verpflanzung sei an einigen Stellen morsch, die inneren Jahresringe seien regelmäßig angelegt und gesund. Nach diesen Reden laßt es wie Sonnenchein über die Versammlung, und selbst einige in wolkigen Halbtägern erscheinende Bauernleute lassen ihre kummerbeschwerten Mienen fahren.

Ein Herr Schwarz gönnt der beleidigten Moral eine biedere Satisfaktion — Auguststall, Schmutz und dergleichen — vor allem aber sei es schmachlich, daß der segensreiche Christus von Sandens Grabdenkmal in diesen Schmutz gezogen sei. Redner empfiehlt aber dringend, auch jenen in die Negativpflicht einzuziehen.

Wegen der Negativpflicht ist die Versammlung leicht befriedigt. Keine Namen! bitten der Vorsitzende und Herr Salomon — sind sie obio? Gegenüber der Grundschuldbank wollen die Herren von der Treuhänder und vom Ausschuß behaupten, was sie — durch Sandens Betrug an der Grundschuldbank — haben; die 4 1/2 Millionen besserer Hypotheken; sie verwarren sich gegen jede Imputation etc. Wie der Vergleich wohl ausfallen mag? Auch hier lautet die von der hohen Bank ausgegebene Lösung: Reden wir nicht davon — und alles schweigt denn. Salomon teilt mit, daß Unregelmäßigkeiten auf Seiten der Aufsichtsräte festgestellt seien, insbesondere haben keine Revisionen stattgefunden oder nur sehr oberflächliche. Weshalb also zögert man, sich der verantwortlichen Vermögen zu verschließen?

Sandens und Buchmüllers haben das Befändnis abgelegt, daß sie etwa 7/8 Millionen Hypotheken dem Treuhänder abgeliefert — zu weitergehendem Gebrauch, nach § 31 des Bankgesetzes — aber dann verkehrt haben. Der Wert ist aber in die Kasse der Gesellschaft geflossen.

Bemerkenswert ist, daß die Vertretung der Pfandbriefgläubiger in ihrem Bericht das Hypothekendarlehen, insbesondere die Bestimmungen über die Rechte und Pflichten des Treuhänders als unzulänglich bezeichnet und eine schnelle Revision fordert. Über ebenso bemerkenswert ist auch, daß der Ausschuß beklagt, daß das Gesetz keinen Verzicht auf Kapitalansprüche durch einen Mehrheitsbeschluß der Pfandbriefbesitzer gestattet. Man sieht daraus, daß einen solchen Verzicht herbeizuführen im Plane der Deutschen Bank gelegen hat. Herr Justizrat Kempner hat zwar in der Versammlung erklärt, daß die Aktionäre erst etwas bekommen dürften, nachdem die Pfandbriefgläubiger befriedigt seien; das ist offenbar richtig, aber die Aktionäre behalten ihre Aktien, und nach Jahr und Tag und einigen Opfern der Pfandbriefgläubiger werden diese Aktien wieder pari stehen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

An die Stuccatoren Berlins und Umgegend! Kollegen! Die freie Vereinigung der Unternehmer hat von neuem versucht, das ihr so verhasste System der Lohnarbeit abzuschütteln und dafür Accorarbeit einzuführen. Die jetzt vorgeschobenen Firmen sind Häckel und Hänsla. Die Kollegen in den betreffenden Firmen haben die Arbeit einmütig niedergelegt und dadurch die Antwort auf den Angriff der Unternehmer gegeben. Daß die Unternehmer den so oft abgelehnten Angriff jetzt von neuem wieder versuchen, beweist, daß sie mit Hilfe der für sie jetzt etwas günstigen Konjunktur die Kollegen zu Inebeln gedenken. Kollegen! Ihr habt den Kampf aufgenommen; an Eurer Ueberzeugung und an dem Solidaritätsgefühl der Berliner Kollegen wird es liegen, denselben zum siegreichen Ende zu führen.

Kollegen! Die Berliner Stuccatoren sind unter den Baugruppen eine der ersten gewesen, welche den Beschluß des Bauarbeiterkongresses, Abschaffung der Accorarbeit zur Ausführung gebracht haben. Ihr habt im verflochtenen Jahre zur Genüge bewiesen, daß es Euch ernst ist mit der Einführung des Lohnsystems. Am Donnerstag findet eine Versammlung statt. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die gesperrten Firmen und Bauten sind als ständige Annoncen im „Vorwärts“ einzusehen. Alle Vorlesungen und Mahnungen sind sofort beim Vertrauensmann zu melden.

### Deutsches Reich.

Einen Schlag gegen das Koalitionsrecht versucht die Firma Liebmans u. Kieselwetter in Arnstadt auszuführen. Sie will den dort beschäftigten Handschuhmachern und Lederarbeitern folgenden Vertrag zur Unterschrift vorlegen:

#### Vertrag.

Zwischen den Herren Liebmans und Kieselwetter einerseits und dem Färbere . . . . . andererseits wird heute folgendes vereinbart und durch Unterschrift als zu Recht bestehend anerkannt. Der Färbere . . . . . erhält einen Wochenlohn von . . . . . Mark und willigt darin ein, daß ihm hiervon wöchentlich 1 Mark gekürzt wird.

Von diesen Abzügen wird zunächst eine Kautions in Höhe von 30 Mark gebildet, der überschüssige Betrag am 24. Dezember eines jeden Jahres an . . . . . ausgezahlt.

Die Herren Liebmans und Kieselwetter verpflichten sich, M. 30 mit 4 Proz. pro anno, also mit M. 1,20 zu verzinsen und diese Zinsen ebenfalls am 24. Dezember auszusahlen.

Verläßt der Färbere . . . . . ohne gesetzliche Kündigung seine Arbeit, oder tritt er dem Leder-Verbande bei, verfällt der bis dahin angesammelte Betrag nebst Zinsen zu Gunsten der Krankenkasse für die Fabrik Liebmans u. Kieselwetter.

Der bei dem Austritt des Färbere . . . . . über Mark 30 hinausgeklärte Betrag kann dagegen nicht zurückbehalten, sondern muß von den Herren Liebmans und Kieselwetter ausgezahlt werden, gleichviel ob die Kündigung ordnungsmäßig oder nicht erfolgte.

Arnstadt, den . . . . . 19 . . . . . Die Arbeiter werden sich gegen den Versuch, das Koalitionsrecht zu erschüttern, energisch zur Wehre setzen müssen.

Aus Halle a. S. wird uns unterm 30. Dezember berichtet: Der Maurerstreik dauert unbeeinträchtigt fort, so entschied die heute im großen Saale des Neuen Theaters stattgehabte, bis auf den letzten Platz besetzt gewesene Maurerverammlung. Das Streikkomitee hatte beantragt, daß bei denjenigen Unternehmern, die den für dieses Jahr vereinbarten Lohn (50 Pf. pro Stunde) zahlen, die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte; die übrigen Maurer sollten weiter unterstellt werden. Der Vertreter des Centralverbandes, Silberstein-Verlin, sprach entschieden gegen den Antrag und für energische Weiterführung des Streiks. Vater-Verlin, Vertreter der Total- oder Vertrauensmänner-Organisation, sprach gegen die Weiterführung des Streiks. Der Antrag des Streikkomitees wurde mit großer Majorität abgelehnt.

10 Drechsler der Holzbearbeitungsfabrik von F. Wendig Ebn, Fosen-Wilda, haben infolge fortwährender ungerechtfertigter Lohnabzüge die Arbeit niedergelegt. Die Fabrik, die eigentümlich der billigen Arbeitskräfte wegen in Fosen vor etwa einem Jahre gegründet wurde, hat bereits ein eigenartliches Renommee unter den Arbeitern erlangt. Verlangt jemand höheren Lohn, so wird er entlassen; eine Folge der fortwährend neu eintretenden Arbeiter sind eithlich alle Augenblick Unfälle. Zugang zu der genannten Fabrik ist bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Gegen die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte bei den Antisprecher, wie sie der Antrag der Abg. Wassermann und Genossen verlangt, hat der Generalkonvent des Vereins deutscher Kaufleute eine Petition an den Reichstag gerichtet. Die Petenten eruchen darin um Ablehnung des genannten Antrags und empfehlen, einer früheren Entscheidung des Reichstags

entsprechend, die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf den kaufmännischen Beruf. Bei den bestehenden Gewerbegerichten sollen besondere Kammern für Kaufleute eingerichtet und gleichzeitig die Berufungsummen auf 300 Mark erhöht werden.

Die Sammlungen zum Streikabwehr-Fonds der Wäckermeister sind, auf Vorstandbeschluss des Centralverbandes deutscher Wäckermeister, eingestellt worden. Bisher sind etwa 25 000 M. zusammen gekommen. Obwohl der Beitrag zum Streikabwehr-Fonds nur 50 Pfennig betrug, gingen die Gelder unregelmäßig ein. Verschiedene Zünfte weigerten sich die Sammlungen fortzusetzen, so daß der geschäftsführende Vorstand sich genötigt sah, auf weitere Beiträge zu dem erwähnten Zwecke zu verzichten.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Speyer ging die Liste des Gewerkschaftsartells mit 262 Stimmen glatt durch.

## Ausland.

Ueber einen Kerzestreit, der in Krakau in der Neujahrsnacht, genau an der Schwelle des neuen Jahrhunderts zum Ausbruch kommen soll, wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ berichtet: Am 29. Dezember vormittags fand im allgemeinen Krankenhaus in Krakau die angekündigte Versammlung der Kerze statt, in der über die Streiffrage verhandelt wurde. Da die Meinung über die unhaltbare Lage der Sekundärärzte und Praktikanten eine ungeteilte war, wurde nach kurzer Debatte einstimmig beschlossen, mit dem Schlag der zwölften Stunde in der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar den Dienst einzustellen und in den Streik zu treten. Jene Kerze, die ihre Wohnung im Allgemeinen Krankenhaus haben, werden mit dem Tage des Beginns des Ausstands ihre Wohnungen verlassen.

Der Ausstand im Antwerpener Hafen dauert fort. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen auf ihren Forderungen. Die Arbeitgeber wollen erst dann verhandeln, wenn die Arbeiter ihre neuen Lohnsätze angenommen haben. Die Streikenden erklärten aber einstimmig, erst dann zur Arbeit zurückzukehren, wenn die Arbeitgeber darin willigen, 14 Tage lang die alten Lohnsätze zu zahlen. Die mehrere tausend Mitglieder zählende unabhängige Vereinigung der Ausländer hat in einem Manifest angekündigt, daß 14 000 organisierte Arbeiter entschlossen seien, den Ausstand fortzusetzen, bis die Forderungen der Ausständigen erfüllt sind. Leider gelingt es den Unternehmern, Hilfe vom Ausland zu bekommen, namentlich sind viele Deutsche aus der Kölner Gegend, aber auch aus Hamburg vorhanden. Ungefähr an 20 Schiffen wird gearbeitet, am Samstagmorgen aber ein Schiff der „Red Star Line“, das von Arbeitswilligen verladen worden war, in den Hafen zurück. Die Ladung war so schlecht verkauft worden, daß die Mannschaft sich weigerte, mit dem Schiff die Fahrt über den Kanal nach England anzutreten. Das Weißfeller „Maison du Peuple“ sendet dieser Tage 10 000 Brote zur Verteilung unter die Streikenden nach Antwerpen.

Die Epitaphen von Calais haben in geheimer Abstimmung die Vorschläge der Fabrikanten verworfen. 1785 Jettel lauteten auf Verwerfung, nur 124 Stimmen hatten sich für Annahme der Bedingungen der Unternehmer ausgesprochen; 24 Jettel waren unbeschrieben. Diese Abstimmung ist um so bemerkenswerter, als seitens des Komitees kein Zweifel darüber gelassen war, daß die Organisation am Ende ihrer Kraft angelangt sei, sodaß die Unterstützung der Ausständigen in den nächsten Wochen sehr schnell ausfallen dürfte. Die „Petite Republique“ und andre sozialistische Blätter haben Sammlungen zu Gunsten der Streikenden eröffnet.

## Sociales.

Stadtverordnete und städtische Arbeiten. Der Rat der Stadt Dresden hat eine Vorlage gemacht, wonach die Mitglieder der gemischten Ausschüsse beider städtischer Kollegien von der Vererbung von städtischen Arbeiten von vornherein ausgeschlossen sein sollen. Die Stadtverordneten halten die Vorlage ihrem Rechtsausschusse überwiesen und dieser gab ein Mehrheitsgutachten auf Verwerfung und ein Minderheitsgutachten auf Annahme der Vorlage ab. Das Minderheitsgutachten wurde schließlich angenommen und damit die Ratsvorlage genehmigt.

In der sehr erregten Debatte kamen einige recht erbauliche Dinge zur Sprache. So wurde ein Fall mitgeteilt, wo ein jetziger Stadtrat seiner Zeit als Stadtverordneter für eine städtische Arbeit, die er im Submissionswege als Mindestforderung bekommen hatte, 6000 M. Nachzahlung gefordert und erhalten hatte. Dann mußte der Oberbürgermeister einen Fall zugeben, wo auf städtische Lieferung in Submission ausgeschrieben wurde, obwohl ein Stadtverordneter die Arbeit bereits geliefert hatte. Ein Stadtverordneter führte aus, wenn der Rat bestimmte Fälle nicht allemal festgesetzt habe, so könne man ihm für diese zarte Rücksichtnahme nur dankbar sein. Ein anderer, der die Vorlage auch für nötig hielt, wollte zum Beweise ihrer Notwendigkeit einen Brief vorlesen. Man rief „geheim Sitzung“ und der Vorsitzende verhinderte ihn an der Vorlesung!

Es ist dies das Kollegium, dessen bisheriger Vizevorsitzer Hartwig das Wort geprägt hat: „In Dausachen giebt es keine Moral“ und an dessen jüngst gekennzeichnetem Verhalten die Mehrheit nichts abzusehen fand.

## China.

### Der Kaiser und die Note.

Von mehreren Seiten wird berichtet, daß der Kaiser Kwangsi die chinesischen Unterhändler Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang ermächtigt habe, die Friedensverhandlungen so rasch wie möglich zu betreiben. So haben nach der „Agence Havas“ die beiden chinesischen Bevollmächtigten den Gesandten ein kaiserliches Edikt mitgeteilt, wonach der Kaiser erklärt, daß China die Note der Mächte annehme, er ermächtige Tsching und Li-Hung-Tschang, die Verhandlungen zu eröffnen und bitte um Einstellung der Feindseligkeiten. Ferner soll er die Absicht haben, im Februar nach Peking zurückzukehren. Auch „Laffans Bureau“ berichtet damit übereinstimmend aus Peking: Die chinesischen Friedensvermittler haben den Vertretern der Mächte mitgeteilt, daß ihre Regierung die Vorschläge der Verbündeten annimmt und daß sie bereit sind, den vorläufigen Frieden sofort zu unterzeichnen. — „Daily News“ bestätigen aus Shanghai, Li-Hung-Tschang habe an Tsching telegraphiert, er sei von seiner Regierung ermächtigt, die Friedensbedingungen zu unterzeichnen. — Auch der „Times“ Korrespondent in Peking meldet seinem Blatt, China habe die von den Mächten unterbreiteten Friedensbedingungen angenommen. Die Regierung stehe im Begriff, die Annahme durch einen Special-Gesandten nach Peking zu melden und ersuche die Mächte, die militärischen Operationen einzustellen.

Aus allen diesen Nachrichten geht hervor, daß der Kaiser sich bereit erklärt, durch möglichste Entgegenkommen die Einstellung der Feindseligkeiten zu erreichen. Er erklärt, im Prinzip die Friedensbedingungen acceptieren, aber keineswegs sich allen Einzelbestimmungen derselben unterwerfen zu wollen. Eine in New York eingetragene Depesche aus Peking besagt denn auch ausdrücklich, daß der Wunsch des Kaisers dahin gehe, eine möglichst milde Lösung der Friedensbedingungen zu erreichen.

An den Mächten wird es also nach diesen Meldungen liegen, ob den Menschenjagen nun endlich Einhalt gethan werden soll oder nicht. Auch wäre es jedenfalls klüger von den Mächten, an den Bedingungen der Note gegenwärtig freiwillig dies oder jenes nachzulassen, als später auf diese Forderungen unter dem Druck der Verhältnisse verzichten zu müssen. Denn daß mit Schnelligkeit Draufangertum China Unmögliches abgefragt werden könne, bestreitet auch der gestern bereits erwähnte Sir Robert Hart auf das Entschiedenste.

### Kulturthaten in China

schildert ein hervorragender amerikanischer Offizier in einem den „Times“ zur Verfügung gestellten Brief wie folgt:

„Die ganze Gegend von Peking bis zur Küste in einer Ausdehnung von ungefähr 115 Meilen längs der Straße ist von den Verbündeten verwüstet worden. Jedes Haus ist ausgeplündert und eine große Anzahl derselben sind zerstört worden. Tempel und Paläste, das Haus des Mandarinen wie die Hütte des Bauern — alle sind in gleicher Weise behandelt worden. Zwischen Peking und der Küste bis ich an vielen Dörfern vorbeigezogen, kleine, zusammengebrängte Städte, alle ausgeplündert, still und leer wie die Ruinen von Babylon oder Nineveh. Außer solchen Kulis, die von den Verbündeten ergriffen und unter Zwangung zu arbeiten gezwungen worden sind, nicht ein einziger Eingeborener in einer sonst von menschlichen Wesen wimmelnden Gegend. Das heißt, keine Eingeborenen außerhalb der großen Städte Tientsin und Peking, sie haben vielleicht nur noch ein Sechstel ihrer früheren Bevölkerung. Tausende sind brutal ermordet und es sind viel unwillkürliche Zerstörungen und andre Ausschreitungen gegen wehrlose Leute verübt worden. Ich hoffe und glaube, daß die Angehörigen weniger grausam und brutal als die andern gewesen sind, aber sie haben auch ihren Anteil an Verbrechen erhalten. Die Geschichte dieses Kriegs gereicht bis jetzt nicht der „höheren Rasse“ oder ihrer zu der sivilisierten Nation zur Ehre.“

Der Briefschreiber schildert dann, wie die Soldaten hauptsächlich nach den von den Chinesen versteckten Silberbarren gesucht haben, deren Gesamtgewicht an einzelnen Stellen tausende von Pfunden betragen habe. Die Engländer hätten das Plündern in ein förmliches System gebracht, indem das Geräubte zu den Regiments-Hauptquartieren gebracht und dort versteigert wurde. Die amerikanische Armee habe dergleichen früher nie gemacht, aber jetzt käme solches auch dort täglich vor. In Peking hätten die Amerikaner sich eines Gebäudes, das eine ungeheure Sammlung kaiserlicher Garderobestücke enthielt, bemächtigt, und Soldaten wie Offiziere hätten ganze Kisten voll weggeschleppt. Das Ganze habe eine sehr demokratisierende Wirkung gehabt. „Es ist erschreckend“, schließt er, „wie schnell die Instinkte der Tyrannen, das schlimmste Kennzeichen des Sklaventreibers, in dem Durchschnittsmenschen entwickelt werden, wenn er seine Mitmenschen unter seiner unbefchränkten Kontrolle findet.“

### „Gründliche Arbeit.“

Der „Admischen Volkszeitung“ wird aus Fingtau vom 21. November geschrieben: In Schantung ist mit Ausnahme der Präfektur Kaumi Ruhe eingetreten. Viele Bogen wurden durch die Mandarinen gefangen und gelöst. In Kaumi haben unsere Soldaten gründliche Arbeit thun müssen. Eine Patrouille unter Lieutenant v. Grumblov wurde angegriffen, sie schlug aber die Angreifer zurück und tötete 25 Chinesen. Am folgenden Tage zog Hauptmann Conradi mit einer größeren Truppenzahl gegen die Dörfer, die sich feindlich gestellt hatten. Die Chinesen verteidigten sich zwar, muhten aber weichen; bei der Erschürung der Dörfer wurden etwa 300 Chinesen getötet. Auf deutscher Seite waren nur einige kleine Verwundungen zu verzeichnen.

### Die beschiedenen Missionare.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Tientsin: Unter den Friedensbedingungen, die Li-Hung-Tschang und Prinz Tsching dem Kaiser von China abvermitteln, befinden sich auch, wie der Special-Berichterstatter der „Frankf. Ztg.“ meldet, folgende Bestimmungen: Schließung der Ports von Peking und Shanhaiwan, fremde Bewachung der früher von den Chinesen verwalteten Einkünfte aus dem Salz, Opium und Tabak-Bahn. Die einzige Schwierigkeit bildet die Entschädigungsfrage. Die französischen Missionare allein verlangen 50 Millionen Franz.

### Letzte Meldungen.

Washington, 31. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Wutingsong ist sehr erstaunt über die Meldung, Li-Hung-Tschang und Tsching hätten Befehl erhalten, die in der gemeinsamen Note der Mächte gestellten Bedingungen zu unterzeichnen. Er neigt der Ansicht zu, die Direktive, welche der Kaiser gegeben habe, sei, daß die Bevollmächtigten in freundlicher Weise die einzelnen Artikel des Abkommens mit den Gesandten erörtern sollten, um möglichst günstige Bedingungen in genau bestimmten Punkten, und in andern, welche in dem Telegramm nicht aufgeführt werden, zu erlangen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ausdehnung der Dockarbeiter in Antwerpen.

Antwerpen, 31. Dezember. (W. Z. B.) Die Ligen der vereinigten Dockarbeiter veranstalteten heute nachmittags eine Kundgebung. Sie drangen im Zuge auf die oberen Galerien der Börse, welche die Bürgergarde jedoch räumen ließ. Die Dockarbeiter haben ein Manifest erlassen, in welchem sie die Verantwortung für die gegenwärtige Lage der Unversöhnlichkeit der Meere zuschreiben. Widerstand bis zum äußersten anknüpfen und die Abhaltung einer Versammlung aller Meeder und Großkaufleute in der Börse verlangen, zu welcher der Minister der öffentlichen Arbeiten, die Senatoren und die Deputierten, sowie die Mitglieder der Provinzialräte und der Gemeinderäte eingeladen werden sollen. Nach der Kundgebung in der Börse gingen die Dockarbeiter auseinander.

### Vom afrikanischen Kriegsschauplatz.

London, 31. Dezember. (W. Z. B.) Lord Ritchie meldet in einem Telegramm aus Pretoria von gestern über die Ueberrumpelung des Postens in Helvetia folgende Einzelheiten: Der Posten wurde um 2 1/2 Uhr nichts überrascht. Der Feind stürzte sich zuerst auf das 4.7 mm-Geschütz des Postens. In der Morgenbännerung sandte der Offizier, welcher den Posten in den Swartkopjes kommandiert, eine Abteilung aus, vertrieb die Boeren durch Geschützfeuer aus Helvetia und nötigte sie, vorübergehend das Geschütz zu verlassen. Die Boeren jedoch fornierten die englischen Gefangenen um das Geschütz herum und führten es fort. Möglicherweise haben sie keine zu dem Geschütz gehörende Munition erbeutet. Vier englische Offiziere sind verwundet, 11 Mann sind tot und 22 verwundet. Von Nachabodory wurde eine englische Abteilung ausgeschickt, die aber auf den schlechten Wegen nicht mehr rechtzeitig heran kam.

Wien, 31. Dezember. (W. Z. B.) Bezüglich der Nachricht, daß Präsident Krüger mit dem Kaiser von Rußland an der Riviera eine Zusammenkunft haben werde, wird der „Politischen Korrespondenz“ aus Petersburg gemeldet, daß dort nicht der geringste Anhaltspunkt für die Eventualität einer Reise des Kaisers nach dem Süden vorliege, und daß ebenso wenig etwas von dem Plane einer Zusammenkunft des Monarchen mit dem Präsidenten Krüger weder in Rußland noch anderswo bekannt sei.

Paris, 31. Dezember. (W. Z. B.) Die Deputiertenkammer nahm die an Stelle des früheren Votums in Paris geschaffenen neuen städtischen Abgaben mit den vom Senat beschlossenen Abänderungen an. Die Session wurde sodann geschlossen.

London, 31. Dezember. (W. Z. B.) Stürme und Ueberflutungen richteten großen Schaden an und verursachten Verleschungen auf den Eisenbahnen in West-England. Die Flüsse Avon und Eberbourne traten über ihre Ufer. Viele Dörfer von Cheshire wurden überschwemmt, auch viele niedrig liegende Häuser von Northwich. Der Birmingham-Kanal durchbrach seine Ufer bei Oldhill (Staffordshire); die niedrig liegenden Ländereien von Northamptonshire wurden überschwemmt.

Rom, 31. Dezember. (W. Z. B.) In Acqui und Savona wurden leichte Erderschütterungen verspürt; Schaden wurde nicht angerichtet.



Volkswirtschaftliche Rundschau.

Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands. Erster Band. Herausgegeben vom Verein für Socialpolitik. Leipzig 1900, Dunder und Humblot. IX u. 386 S. 80.

Die Handelsverträge des Jahres 1903. Betrachtungen und Vorschläge von Dr. Vosberg-Melow. Heft 14 der „Schriften der Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen.“ Berlin 1900, J. Guttentag. 128 S. 80.

Wie zur Zeit der Vorbereitung der Handelsverträge von 1892/94 tritt auch jetzt wieder der „Verein für Socialpolitik“ mit einer Reihe von Publikationen hervor, die den Entwicklungsengang der Handelspolitik in den größeren Kulturstaaten während des letzten Jahrzehnts zu schildern unternehmen, um dadurch ein zuverlässiges Material für die Erörterung der wichtigeren handelspolitischen Einzelfragen zu liefern, welche die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge aufgeworfen hat.

Nach dem im ersten erschienenen Band der Publikation von Professor Schmoller mitgeteilten Plan werden sich die Arbeiten im wesentlichen auf die Darlegung der Handelsbeziehungen des Deutschen Reichs zu den Vereinigten Staaten, zu England und seinen Kolonien, zu Rußland, Oesterreich und zum ostasiatischen Markt beschränken. Daneben sollen einzelne Zweige und Fragen der deutschen Handelspolitik näher untersucht werden, z. B. die Frage, wie weit Deutschland zum Industriestaat geworden ist, welche Rolle zu Gunsten der Landwirtschaft bei den abzuschließenden Handelsverträgen von deutscher Seite zu verlangen sind, ob Aussicht vorhanden ist, daß bald eine Art Zollunion Mittel-Europas zu Stande kommt etc.

Kauf einen der im ersten Band erschienenen Aufsätze, auf J. Conrads Abhandlung über die Stellung der landwirtschaftlichen Pölle in den 1903 zu schließenden Handelsverträgen Deutschlands hat kürzlich schon der „Vorwärts“ (Nr. 287 und 292) hingewiesen. Unzweifelhaft ist diese Arbeit unter den vier im ersten Band enthaltenen die bedeutendste, doch haben auch die andern entschieden ein Recht auf Beachtung; handelt es sich doch um handelspolitische Verhältnisse, die für die fernere Gestaltung unseres Wirtschaftslebens und damit auch für das wirtschaftliche Wohl und Wehe unserer Arbeiter von größter Wichtigkeit sind.

Eingeleitet wird der Band von einem Aufsatz des früheren zweiten Secretärs der amerikanischen Botschaft in Berlin, jetzigen Professors am Rome Institute, Port Deposit, Dr. George W. Fisk über „Die Handelspolitik der Vereinigten Staaten 1890-1900“. Da die Arbeit zuerst eingeleitet worden ist, beginnt sie den Reigen, hinsichtlich ihres Wertes steht sie jedoch unbedingt an letzter Stelle. Es ist selbstverständlich, daß Herr Fisk als Amerikaner die amerikanische Handelspolitik von ihrem nationalen Standpunkt beurteilt, daß ihm das als angebracht erscheint, was der wirtschaftlichen Entwicklung der nordamerikanischen Union nützt. Aber es ist nicht nur dieser nationale Standpunkt, der in der Fiskschen Arbeit zum Ausdruck kommt; der Verfasser zeigt sich darin vielmehr als einseitiger Anhänger des imperialistischen Republikanismus, der sich trotz aller äußeren gescheiterten Vornehmheit völlig die Betrachtungsweise und Argumentation der leitenden politischen Organe dieser Richtung zu eigen gemacht hat und sich mit deutscher professoraler Unghittlichkeit hütet, den republikanischen Nachhabern in ihre zusammengebaute theoretische Suppe zu spucken. Jedenfalls gewinnt, gemessen an der Fiskschen Abhandlung, der von Professor Schmoller in der Vorrede erhobene Anspruch, daß die Aufsätze der fremden Gelehrten gegenüber den Entstellungen der Presse für die Aufklärung als besonders wertvoll zu betrachten seien, da die Verfasser, nicht als bezahlte Agenten großer Interessengruppen, sondern als unabhängige, aber vollendet unterrichtete Kenner ihrer Nation“ redeten, einen eigentümlich ironischen Beigeschmack. Möglicherweise, daß Herr Prof. Schmoller die Gruppe der imperialistisch-republikanischen Expansionspolitiker nicht als Interessengruppe gilt.

Dazu kommt noch, daß die Arbeit sich recht wenig mit den Fragen beschäftigt, um die es sich bei der Erneuerung der Handelsverträge in erster Linie handelt. Von der Entwicklung der amerikanischen Industrie, ihren Eigentümlichkeiten, dem Einfluß des Tarifwesens, den besonderen Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten zu Deutschland, dem Umfang des amerikanisch-deutschen Handels in seinen einzelnen Zweigen erfahren wir fast nichts. Die Arbeit charakterisiert sich, wenigstens in ihrem Hauptteil, als eine Erörterung der amerikanischen Tarifänderungen und Zollmaßnahmen im letzten Jahrzehnt mit gelegentlichen Exkursen auf das Gebiet des Handels- und Wollerechts. Fisk gibt zunächst einen Abriss der Zolltarif-Geschichte, der Maßnahmen der Zollverwaltung, schildert dann die auf Grund der Abschnitte 3 und 4 der Dingley-Bill unternommenen Versuche zur Abschaffung von Handelsverträgen, verteidigt die Vereinigten Staaten gegen den speziell von deutscher Seite erhobenen Vorwurf der Verletzung des Meistbegünstigungsrechts, giebt eine kurze Uebersicht der neueren amerikanischen Schiffahrt-Gesetzgebung und leitet sich dann ein Extra-Kapitel für die hängigen Expansionsbestrebungen.

Daß dabei Herr Fisk die amerikanischen Zollmaßnahmen und Normen, die konsulare Nachprüfung und Verglaubigung der Faktoren, die Nachabschätzung der Appraisers, das System der Straf-Zollablässe etc. als etwas beinahe Selbstverständliches ansetzt, wird nach Vorstehendem niemand wundern. Wer, wie der Schreiber dieses, geschäftlich selbst die amerikanischen Zollverfahren kennen gelernt hat, ist anderer Meinung. Kritisches bilden denn auch in den Handelskammerberichten der großen deutschen Seehäfen die Klagen über die amerikanischen Zollverfahren eine stehende Rubrik, und selbst der dritte der in dem vorliegenden Band zu Worte gekommenen Referenten, Herr Professor E. Franke, früher Chefredacteur des „Hamburg. Correspondent“, spricht von einer „nicht nur rigorosen, sondern gänzlich unangemessenen Handhabung des Tarifs“ (S. 219). Die Auslegungen der Appraisers, die eidesstattlichen Wertdeklarationen der deutschen Exporteure, die Kontrolle der amerikanischen Konsuln in Deutschland — das alles sind Maßregeln, die äußerst lästig und beschwerlich fallen. Zum Dritten aber hat Nordamerika dem Recht der Meistbegünstigung, das ihm Deutschland stets eingeräumt hat, seinerseits wiederholt eine Deutung und Deutung gegeben, die in Deutschland als eine Verletzung und Umänderung der uns zustehenden Ansprüche aufgefaßt werden mußte.

Herr Fisk ist allerdings auch in Bezug auf die Meistbegünstigung gerade entgegengelegter Ansicht. In dem Zuschlagszoll auf deutschen Prämiensunder, in der Wiederauflegung der durch Proklamations des Präsidenten vom 26. Januar 1898 erlassenen Tommengerde auf

deutsche Schiffe steht er keine Verletzung der Meistbegünstigungsklausel, wohl aber in der am 24. Juli 1899 vom Regierungspräsidenten v. Rheinbaben in Düsseldorf erlassenen Verfügung, die den Verwaltungsbeamten verbietet, den amerikanischen Konsuln statistische Angaben über Verletzungen des Nahrungsmittel-Gesetzes und der dazu erlassenen Ergänzungsgesetze, besonders aber über die Herstellung und den Verkauf gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel zu liefern.

Kun ist keineswegs das Verhalten der deutschen Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten, speziell soweit die Fleischzufuhr in Betracht kommt, absolut einwandfrei, und wenn Fisk in der genannten Verfügung einen Beweis finden würde, daß die Beschränkung der Fleischzufuhr durchaus nicht nur aus sanitären Gründen erfolgt ist, sondern sich als Maßregel zum Schutz der Viehzucht des ostelbischen Agrarierturns darstellt, könnte man ihm nur beistimmen; aber angesichts der klaren Vertragsbestimmungen zu behaupten, in den vorhin erwähnten beiden Maßregeln der amerikanischen Regierung liege keine Vertragsverletzung, dagegen aber allein schon in der Rheinbabenischen Verfügung, das ist denn doch eine gar zu starke Zumutung. Indes mit Herrn Fisk ist schlecht rechnen, er sieht alle Vorgänge durch seine republikanisch-imperialistische Parteilichkeit; verweigert er sich doch S. 58 sogar zu der Behauptung, nach der Beendigung des Kriegs mit Spanien hätten „die Vereinigten Staaten sich unerwarteter und unbedeutendsterweise im Besitz neuer Gebiete“ gesehen.

Jedenfalls ist erforderlich, daß dem Referat des amerikanischen Politikers ein Gegenreferat gegenübergestellt wird, schon um deswillen, weil Fisk eine Reihe der wichtigsten Gesichtspunkte gar nicht berücksichtigt hat. Wie Professor Schmoller mitteilt, war Dr. v. Halle zum Korreferenten bestimmt, mußte aber infolge einer wissenschaftlichen Reise verzichten. Ein Ersatzmann ist noch nicht gefunden.

Wenn es jedoch verkehrt ist, die schädlichen Wirkungen der amerikanischen Zollgesetzgebung und Zollbehandlung auf den deutsch-amerikanischen Handel und die deutsche Industrie zu unterschätzen, so ist es nicht minder verkehrt, sich aus Kecker über das „unqualifizierbare handelspolitische Verhalten“ der Vereinigten Staaten zur Verantwortung politischer Repressivmaßregeln bewegen zu lassen, die bei der Eigenart unserer Handelsbeziehungen zur Union notwendig zweifelnd wirken müssen. In diesen Fehler verfällt meines Erachtens der Verfasser des zweiten oben angezeigten, sachkundigen, aber von einer gewissen Voreingenommenheit für die russische Wirtschaftsentwicklung zeugenden Buchs, Dr. Vosberg-Melow. Er fordert Aufhebung der Meistbegünstigung und differenzielle Zollbehandlung der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten, speziell der Einfuhr amerikanischer Getreides. Allerdings so weit zu gehen, wie unsre Agrarier, die am liebsten recht bald einen frisch-fröhlichen Zollkrieg mit Amerika vom Zaun brächen, daran vermindert ihn denn doch seine bessere Sachkenntnis. Er verlangt, das Deutsche Reich solle sich vorher, ehe es sich auf einen derartigen Zollkampf einläßt, durch ein System mittel-europäischer Handelsverträge, vornehmlich aber durch einen engeren Vertrag mit Rußland, einen gewissen Rückhalt sichern.

„Geben wir“, sagt er S. 82, „uns Rückdenkungen in Europa verhaftet, so wird sicherlich zunächst die Meistbegünstigung für Amerika angefochten werden müssen und vielleicht dürfte eine Reihe weiterer Maßregeln folgen, die sich aus der ersten ergeben werden. Ich wiederhole ausdrücklich, daß es friedl. und unerhörl. wäre, wollten wir eine solche Aktion ohne die oben besprochene Rückdenkung vornehmen.“

An einen eigentlichen Zollkrieg mit der nordamerikanischen Union glaubt Vosberg-Melow nicht — einmal nicht deshalb, weil schon heute drüben die deutschen Importe zolltechnisch so unglücklich behandelt werden, daß sie tatsächlich einen differenziellen Zollzuschlag tragen, dann aber weil den Amerikanern als profunden Geschäftsleuten der Vorteil ihres hochentwickelten, stetig steigenden Exports nach Deutschland gar zu deutlich in die Augen springt. Es (Amerika) wird uns seine Baumwolle, sein Kupfer und sein Petroleum mit Vergnügen weiter verkaufen, und wir haben es gegebenenfalls in der Hand, uns durch Vergeltungsmaßregeln für eine etwa eintretende ganz ungerechtfertigte Differenzierung unserer Einfuhr schadlos zu halten.“

Das stimmt; wir würden die amerikanischen Rohstoffe doch erhalten und sicherlich auch zum Teil das amerikanische Getreide — wenn nicht direkt, dann auf dem Umwege über den Getreidemarkt von London, Amsterdam, Antwerpen. Und selbst wenn auch die über England und Holland-Belgien eingehenden amerikanischen Getreidesorten differenziell behandelt und dadurch vom deutschen Markt nahezu ausgeschlossen würden, könnte die Schädigung des amerikanischen Getreide-Exports keine beträchtliche sein. Denn wir würden den gewungen sein, da unsre Eigenproduktion nun einmal den Bedarf nicht deckt, dafür russisches, ungarisches, argentinisches Getreide etc. einzuführen; wir würden also dadurch die bestreitenden Getreidemärkte von diesen Sorten entlasten und dort ihre Konkurrenz gegenüber dem amerikanischen Getreide schwächen. Das Resultat würde schließlich sein, daß wir zwar den Amerikanern viele Annehmlichkeiten bereiten, sie teilweise zur Aufsuchung anderer Absatzmärkte zwingen, daß sie aber ihr Getreide und ihre Rohstoffe doch los werden; während wir für das Getreide und für die amerikanischen Rohstoffe, die wie z. B. Baumwolle, Kupfer, seine Rohstoffe von der deutschen Industrie gar nicht entbehrt werden können, höhere Preise zu zahlen genötigt sein würden. Unsern Arbeitern würde also ein Teil der notwendigen Lebensmittel verteuert werden und der Industrie ein Teil ihrer Rohstoffe.

Deutschlands Handelslage gegenüber den Vereinigten Staaten ist eben eine ganz andre wie gegenüber Rußland, das mit seinem Roggen, seiner Getreide geringerer Qualität (Buttergerste), seinem Hafer, seiner Produktion von Gänsen, Eiern etc. größtenteils direkt auf den deutschen Markt angewiesen ist.

Angleich höher wie die Fisksche Arbeit steht die Abhandlung des Professors J. Conrad-Halle über landwirtschaftliche Pölle. Da jedoch der „Vorwärts“ aus dieser Arbeit bereits verschiedene Auszüge mitgeteilt hat (Nummern 287 und 292), die Ausführungen über die preissteigernde Wirkung der Getreidepölle fast zu denselben Ergebnissen gelangen, wie der kürzlich in Nr. 281 (2. Decker) des „Vorwärts“ veröffentlichte Artikel „Einfluß des Getreidezolls auf die Getreidepreise“, während andre Parteien sich an die Darlegungen des Verfassers im 4. Band seines „Handwörterbuchs der Staatswissenschaften“ anlehnen, so glaube ich auf ein näheres Eingehen auf einzelne Punkte verzichten zu dürfen.

Die Schlussfolgerungen, zu denen Professor Conrad gelangt, gehen dahin, daß sich für die nächste Zeit eine Beibehaltung der bisherigen Pöllsätze für das Brotgetreide empfiehlt, vorläufig für 10 Jahre, doch mit allmählicher Herabsetzung des Zolls, jährlich etwa pro 100 Kilogramm um 25 bis 50 Pf., um einer weiteren Steigerung der Grundpreis vorzubeugen. Dagegen tritt der Verfasser für eine Erhöhung des Gerstenzolls — speziell auf Braugerste — und des Malzgerstezolls, ferner für Erhöhung des Zolls auf eingeführte Pferde, auf Rindvieh und Schweine, auf Butter und Käse.

„Eine Erhöhung der Pölle (Getreidepölle)“, meint er in einem Referat, S. 183, „scheint nicht unbedingt geboten und daher unzulässig. Am ersten wäre sie zu rechtfertigen bei der Getreide, auf das entschiedenste Verwehrt dagegen bei dem Roggen, wodurch die große Masse der unteren Klassen noch mehr belastet würde. Eine Erhöhung des Haferzolls dürfte kaum beabsichtigt sein. Eine Herabsetzung oder womöglich Beseitigung wäre im Interesse der Viehzucht sehr zu wünschen. Bei der Eigentümlichkeit der Agrarzölle stiehe zu befrachten, daß eine Erhöhung derselben im jetzigen Moment nur zu einer künstlichen Steigerung des Grundwerts führen würde, ohne zur Befruchtung der Landwirtschaft beizutragen, so daß nach Ablauf der jetzt zu schließenden Handelsverträge die Klagen der Landwirtschaft selbst sein würden und Forderungen weiterer Pöllserhöhung zu befürchten wären. Wie ebenso jetzt die Ansprüche auf eine weitere Erhöhung genau die gleichen sein würden, wenn Anfang der neunziger Jahre die Ermäßigung der Pölle nicht stattgefunden hätte.“

Wie schon hieraus hervorgeht, ist auch die Stellungnahme Conrads eine durchaus einseitige. Er untersucht z. B. nur, inwiefern die Masse der deutschen Konsumenten eine Erhöhung des Zolls ohne ernsthafte Beeinträchtigung ihres Lebensunterhalts zu tragen vermag und wie solche Erhöhung auf die landwirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse zurückwirkt; die Frage dagegen, inwiefern diese Erhöhungen den Abbruch von Handelsverträgen erschweren oder vielleicht ganz unmöglich machen, ob sie auf der Seite der jetzigen Vertragsländer zu Gegenmaßnahmen führen werden, diese Frage bleibt ganz unbeachtet, und doch kommt sie gerade für den Zweck der vorliegenden Publikation des Vereins für Socialpolitik vornehmlich in Betracht.

Hätte Conrad diese Frage mit in Berücksichtigung gezogen, er würde sicherlich eine Erhöhung des Gerstenzolls, Malz- und Viehzolls empfehlen; denn seit das engere Oesterreich, Böhmen und Mähren sich immer mehr industriell entwickeln, nimmt die Ausfuhr von Protgerste aus der habsburgischen Monarchie nach Deutschland rapide ab, während zugleich die Ausfuhr von Braugerste, Malz und Rindern steigt. In den letzten drei Jahren bezog z. B. Deutschland aus Oesterreich-Ungarn:

Table with 3 columns: Year (1897, 1898, 1899) and 3 rows of goods (Gerste, Malz, Rindern) with values in million marks.

Da die Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn in den letzten drei Jahren noch Abzug des Werts der Edelmetalle 582,7 — 627,2 und 715,6 Millionen Mark betrug, entfällt auf die vorgenannten Artikel über ein Sechstel. Daß Oesterreich, wenn ihm dieser wichtige Export befähigt wird, kaum auf andern Gebieten zu großen Entgegenkommen genötigt sein wird, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Sehr richtig sagt in dieser Hinsicht Vosberg-Melow (S. 22): „Oesterreichs Protgerstebedarf unseres Marktes nicht mehr im früheren Umfang. Dafür aber hat sich die österreichische Landwirtschaft in erster Linie auf den Anbau der Gerste verlegt und ihn so gewinnbringend gefunden, daß sich an dieser Stelle ihre Interessen konzentrieren, soweit es den Körnerbau angeht. Der Hauptmarkt für die österreichische Gerste ist in Deutschland; unsre gewaltige Brauindustrie ist ihr Hauptabnehmer. Wollte man diesen Absatz hören oder einschränken, hätte man sofort die ganze landwirtschaftliche Pöllung der habsburgischen Monarchie gegen sich.“

Der dritte Artikel der „Beiträge zur neuesten Handelspolitik“, verfaßt von E. Franke-Berlin bringt etwas Zukunftsdruck; er behandelt die in den verschiedenen europäischen Staaten aufgetretenen Vorkämpfer nach Abschluß eines mitteleuropäischen Zollbündnisses zur Abwehr der drohenden amerikanischen Konkurrenz. Wichtig ist die vierte Abhandlung vom Privatdozenten Karl Ballod-Berlin über „Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen“. Auf die Geschichte der russischen Handelspolitik läßt Ballod sich nicht ein, ebenso wenig auf eine nähere Erörterung der Zollfragen; er beschränkt sich auf eine Darlegung der zwischen Deutschland und Rußland bestehenden Handels- und Konkurrenzverhältnisse; innerhalb dieses engeren Rahmens aber sind seine Ausführungen außerordentlich instruktiv, besonders seine Betrachtungen über die heutige russische Industrie- und Agrarproduktion. Ausführlich wird die Wirkung des deutsch-russischen Handelsvertrags auf die Handelsbeziehungen beider Länder — wobei übrigens meines Erachtens Ballod den Einfluß des Vertrags auf die Entwicklung der deutschen Industrie zu gering ansetzt — sowie der jetzige Stand der Landwirtschaft und Industrie untersucht und die Ausichten ihres weiteren Fortschritts erörtert.

Das Resultat der Untersuchung ist, daß Ballod vor einer Ueberschätzung der russischen Eisen- und Baumwollindustrie warnt; wenn er auch ihre von der Regierung geförderten Fortschritte zugestehen und annimmt, daß sie unter den hohen Schutzzöllen in den nächsten Jahren sicher noch anwachsen werden. Vor der russischen Eisenausfuhr braucht „der westeuropäischen Industrie noch lange nicht lange zu sein“, wenigstens nicht in den nächsten Jahrzehnten, denn wenn auch die Erzeugung eine leichte und der Eigengehalt des Erzes ein reichlicher ist, so sind doch andererseits wieder eine ganze Reihe hemmender und hindernder Umstände vorhanden. Kleine Partien Qualitätsware mögen wohl aus dem Ural, da mittels der dort verwendeten Holzbohlen sich ein sehr reines Roheisen und ein vorzügliches Stahl erzielen läßt, ihren Weg nach Westen finden, nicht aber größere Massen.

Noch ausführlicher ist Ballods Urteil über die russische Landwirtschaft. Daß Rußland überhaupt so bedeutende Lebensmittelmengen auszufahren vermag, verdankt es nur seinem geringen Eigenkonsum, d. h. dem ständigen Unterkonsum der ärmeren Bevölkerung.

„Im allgemeinen“, heißt es S. 317, „ist es zweifellos richtig, daß die gegenwärtige gewaltige Ausfuhr von Nahrungsmitteln nicht aus den Ueberschüssen stammt, wie in Nordamerika, sondern der eigenen Volksernährung entzogen wird. Zwar wurden in Rußland außer den genannten vier Hauptgetreidearten noch bedeutende Mengen von Buchweizen, Gerste, Weizen, Speltz angebaut, die ca. 4 Millionen Tons ergaben und somit das Ueberschuss etwas verbessert haben, trotzdem bleibt die eigene Ernährung dürftig genug. Deutschland könnte, wenn seine Bevölkerung sich gleich dürftig ernähren wollte, wie die russische, ebenfalls (ca. 1-2 Millionen Tons) Getreide ausführen.“

Folgerungen aus seinen interessanten Darlegungen zu ziehen, überläßt Ballod dem Leser. Ich möchte sie in den Sägen zusammenfassen: die russische Agrarkonkurrenz ist zum großen Teil keine natürliche, sondern eine künstliche; sie beruht auf dem Hunger und Elend des russischen Bauern; zweitens, trotz seiner unermesslichen industriellen Fortschritte und seiner schlechten Finanzverhältnisse ist Rußland immerhin noch ein relativ günstiges Absatzgebiet für deutsche Industrie-Erzeugnisse — wenn es die deutsche Regierung versteht, die russischen Pöllsätze bei den Vertragsverhandlungen energisch heruntorzubringen.



# Die Pläne der Berliner Tischler-Zunft.

**Holzarbeiter-Verband.** Am Sonntag fand in Kellers Saal eine stark besuchte Vertrauensmänner-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Diskussion über die Stellungnahme zu der von der Tischler-Zunft verhängten Einführung der Kontrollbücher (Arbeitsordnungen). Glöckle teilte unter anderem mit, in der am Sonntagabend abgehaltenen Zunftmeisters-Versammlung sei festgestellt worden, daß von 1500 Meistern 250 die ihnen vom Zunftvorstand zugestellten Kontrollbücher nicht angenommen, sich also mit der Maßnahme der Zunft nicht einverstanden erklärt haben. Die weitere Folge dieses Protestes aus den Kreisen der Meister werde sein, daß sich die Aufsichtsbehörde mit dem Vorgehen der Zunft zu befassen habe. Nachdem in der weiteren Diskussion die Frage erörtert worden war, ob man die Unterschrift unter die sogenannten Kontrollbücher verweigern solle oder nicht, wurde das Resultat der Werkstatt-Abstimmungen festgestellt, die in der Zeit zwischen der vorigen und dieser Versammlung stattgefunden haben. Es ergab sich, daß sich nahezu drei Viertel der Abstimmenden für Verweigerung der Unterschrift erklärt hatten. Die Verhängung dieses Resultats wurde mit lebhaften Erörterungen aufgenommen. Es wurde nun darum erlucht, daß alle Fälle von Mahregelungen, die wegen der Verweigerung der Unterschrift vorgenommen werden, sofort dem Verbandsbureau zu melden sind. Soweit die Mitglieder der Freien Vereinigung der Holzindustriellen und des Vereins der Bauhüttenmeister hierbei in Frage kommen, soll die Angelegenheit am 8. Januar in der Sitzung der Abzweigungs-Kommission zur Sprache gebracht werden. Am 9. Januar findet wieder eine Vertrauensmänner-Versammlung statt, die über die weiteren Schritte, welche in der vorliegenden Angelegenheit zu thun sind, Beschluß zu fassen hat.

Ueber die Versammlung der Tischler-Zunft, die sich mit der Einführung der Kontrollbücher beschäftigte, geht uns folgender Bericht zu:

Die Zunftmeister hatten ziemlich zahlreich der Einladung Folge geleistet, um den Plänen des Zunftvorstands die letzte Weihe zu geben. Obermeister Kahardt legte seinen Vortragsentwurf dar, daß jetzt die günstige Zeit sei, um den Gesellen den nötigen Respekt einzuführen.

Obgleich die zu Rate gezogenen Juristen geteilter Meinung darüber waren, ob die Bestimmungen des Kontrollbuchs sämtlich gesetzlich unanfechtbar seien, besonders darüber, ob sie nicht im Widerspruch mit § 304 des Bürgerlichen Gesetzbuchs stehen, empfahl er die allgemeine Einführung des Kontrollbuchs im Interesse aller Meister.

Nachdem sich trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden kein Redner zur Diskussion gemeldet hatte, meldete sich unter Parteigenosse Tugauer, welcher das Vorgehen des Vorstands und die diesbezüglichen Beschlüsse der Delegierten-Versammlung einer scharfen Kritik unterzog. Er beklagte vor allem das einseitige, willkürliche Vorgehen des Vorstands, welcher den Gesellen

einen „Arbeitsvertrag“ aufzwingen wolle. Wenn ein Vertrag geschlossen werden solle, so müsse vorher eine Verhandlung zwischen beiden vertragschließenden Parteien, in diesem Falle also zwischen Zunft und Holzarbeiter-Verband, stattfinden, andernfalls könne von einem Vertrag überhaupt nicht die Rede sein. Zunft und Holzarbeiter-Verband seien zwei gleichberechtigte Faktoren und letzterer müsse als solcher auch von der Zunft anerkannt werden. Das Kontrollbuch sei die erste „That“, mit der die Zunft an die Öffentlichkeit trete und könne er (Redner) diese That nur als eine unglückliche Begehung, welche geeignet sei, Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen. Aber auch unter den Zunftmitgliedern würde dadurch Unfrieden geschaffen, da sich viele weigern würden, das Kontrollbuch in ihrer Werkstatt einzuführen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil hätte ja schon jetzt die Annahme und Verhängung des überlieferten Kontrollbuchs verweigert. Aber auch nicht alle, die es bezahlten hätten, würden die Einführung desselben erzwingen wollen. Jedenfalls würde man bei den zuständigen Behörden und zwar bis in die höchste Instanz, unbekümmert um die Strafandrohung des Vorstands, die Rechtsgültigkeit des aufgetriebenen Kontrollbuchs anfechten. Schon der Umstand, daß die Juristen selbst die Rechtsverbindlichkeit des sogenannten „Arbeitsvertrags“ anzweifeln, hätte den Vorstand davon abhalten müssen, das Kontrollbuch zwangsweise einzuführen zu wollen.

Diese Ausführungen Tugauers, die anfänglich mehrfache Unterbrechungen durch Schlußrufe seitens der verbitterten Anhänger der Zwangs-Einführung hervorgerufen hatten, wurden Parteigenossen aber nicht veranlassen konnten, mit seiner Meinung zurück zu halten, riefen nun eine ganze Reihe von Vorstandsmitgliedern auf den Kampfplatz. Besonders die Herren Ritsch und Meißner, einst eifrige Kämpfer für die Forderungen der Gesellen, als sie selbst noch Gesellen waren, traten den Ausführungen Tugauers entgegen, dabei die heftigsten Angriffe gegen die Organisation der Gesellen schleudernd. Bezeichnenderweise waren es nur Mitglieder des Vorstands, die Tugauer entgegentraten und die Einführung des Kontrollbuchs empfahlen; diese sei übrigens nicht die erste That, die die Zunft im Interesse des Handwerks vollbracht habe — so führten sie aus — von dem sonstigen Wirken der Zunft sei nur nicht viel in die Öffentlichkeit gekommen. Dies veranlaßte Tugauer, auch die sonstigen Geldentnahmen der Zwangs-Einführung etwas näher zu beleuchten: Man habe den Gesellen zugemutet, ihre bewährte Herberge im Gewerkschaftshaus aufzugeben und dafür die Herberge zur Heimat zur Zunftherberge gemacht. Dies mühten die Gesellen als einen Schlag ins Gesicht empfinden. Hiergegen sei zu wehren, sei ihr Recht und ihre Pflicht. Auf diese Geldentnahme könne die Zunft also nicht stolz sein. Dasselbe gelte in Bezug auf die Einführung der Reife-Unterrichtung für wandernde Gesellen. Statt denselben eine Marke auszubändigen, welche in der Herberge zur Heimat allein in Zahlung genommen wird, sollte man, wenn die Zunft nun einmal auf die Zahlung dieser Unterrichtung bestünde, den Betrag in bar zahlen und den Gesellen überlassen, wo sie dies Geld verzeuern wollen. (Zuruf: „Damit sie es dem Holzarbeiter-Verband zutragen.“) So wie man das Herbergs-

und Reife-Unterrichtswesen heute geregelt habe, würde es von den Gesellen mit Recht als eine Entwürdigung desselben aufgefaßt und bekämpft werden. Nach längerer Debatte, in welche Tugauer noch wiederholt eingriff, wurde schließlich, wie nicht anders zu erwarten, die Einführung des Kontrollbuchs von der Versammlung gutgeheißen.

## Witterungsübersicht vom 31. Dezember 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Ehrenbreiteng.	762.0	OSO	4	better	-5	Opavranba	771.2	—	—	2 wolkenl.	-28
Danzburg	767.0	—	—	6 bedekt	-3	Beterzburg	770.0	—	—	1 kl. bed.	-26
Berlin	769.0	OSO	4	bedekt	-4	Sart	761.2	—	—	4 better	-5
Frankf./M.	749.0	—	—	2 Regen	6	Aberdeen	759.0	OSO	—	5 bedekt	-4
München	762.0	—	—	bedekt	1	Paris	—	—	—	—	—
Wien	757.0	OSO	1	bedekt	1	—	—	—	—	—	—

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 1. Januar 1901.**  
Bleibt trüb, neblig, Frostwetter mit Schneefällen und scharfen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

## Briefkasten der Redaktion.

G. N. 26. Wenden Sie sich an das Bureau der Metallarbeiter, Engel-Ufer 15.

Horuberg I. B. Artikel erst sehen, dann antworten.

Cesar Jaupe. Zur Klärung der Angelegenheit sind Sie nicht verpflichtet. Ebenso wenig ist er erbrechtigt. — R. W. 72. Ja.

B. T. 1. Die Frau ist keineswegs verpflichtet, vorerlebte Schulden ihres Manns zu bezahlen. 2. Hat sie, nachdem sie das 21. Lebensjahr vollendet hat, die Verpflichtung zur Zahlung schriftlich übernommen, so ist sie auf Grund dieser Verpflichtung zur Zahlung verbunden. Die Sendung müßte vorerfüllt erfolgen. — Z. G. 78. Die Klage der Mutter hätte Aussicht auf Erfolg, weil das frühere Gesetz in Anwendung zu kommen hat.

Teste. Es ist die Witwe an den gerichtlichen Verwalter zu zahlen.

G. B. 54. 1. 6 Wochen lang, 2. Ja. — V. S. 101. Die Kündigung ist rechtsgültig. Wenn im Vertrage 3 Monate 3 Tage als Frist eingesetzt sind, so ist eine höhere Kündigung als am 28. 12. gültig, nur keine spätere.

Antlamerer. 39. 1. Ruf frankiert sein. 2. Besuchen fordert für Besichtigung und Behandlung in einem Gefängnis oder Justizhaus pro Tag 80 Pfg. — C. 3. 36. Rauer. Reim. — G. Kerber. Ihre Anträge sind bereits in der 2. Beilage des „Vorwärts“ vom 12. Dezember beantwortet. Sie sind auf Ihre Wiederholung hin bereits in der 4. Beilage des „Vorwärts“ vom 16. Dezember darauf hingewiesen. Eine nochmalige Beantwortung wird nicht mehr stattfinden.

Zeige. Der durch die höhere Verwaltungsbehörde festgesetzte durchschnittliche Jahresarbeitslohn ist bei Berechnung der Unzulagen für ländliche Arbeiter zu Grunde zu legen. Das Nähere finden Sie S. 45 des ersten Nachtrags zum Arbeiterrecht. — V. B. Sie sind im Recht. Wenn eine Kündigungsfrist von 3 Monaten und 3 Tagen festgesetzt ist, muß die Kündigung, um rechtsgültig zu sein, spätestens am 28. Dezember in den Händen des Herrn sein, dem gefündigt werden soll. — R. G. 1. Das ist für die verheirateten Orte durch Parteiverordnung und daher nicht einseitig und gleichmäßig geregelt. 2. Die Strafe ist Geldstrafe. 3. Nachsichtung ist zulässig.

## Todes-Anzeige.

Allen unseren lieben Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 30. Dezember, vorm. 11 1/2 Uhr, unsere liebe Tochter und Schwester Witwe Klara Jagerl geborene Vogel nach kurzen und schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, mittags 2 Uhr, von der Leichenhalle der Heiligen Kreuz-Gemeinde in Marienborn aus statt. 18189

Die trauernden Hinterbliebenen. Witwe Vogel nebst Töchtern.

Wesern am 7 1/2 Uhr verließ nach kurzem, schwerem Leiden unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Tochter, Schwester und Tante, die Witwe

Frau Jda Lütke,

geb. Banar, [1846]

im 66. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Im Namen der Hinterbliebenen

Oskar Persky.

Die Beerdigung findet am 1. Januar, 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofs aus statt.

## Rum

Liter 1,20 bis 5,00 Mark

## Glühwein- und Punsch-Extrakt

Flasche (1/2 Liter) 1,20 - 4,00 M.

F. Willumeit, Alexanderstr. 62, Potsdamstr. 48 (Eing. Kurfürst.)

Skalitzerstr. 135, Reichensbergerstr. 57.

## Kohlen billiger!

Briketts in vorzüglicher Qualität. [4178]

100 Stck 6 Zoll lang . . . 75 Pfg.

100 . . . 90

1 Ctr. von beiden Sorten 1 M.

Obersteinkohle.

1 Scheffel Ruh II . . . 1,20 M.

1 Centner Ruh II . . . 1,45

verkauft ab Maß Kohlenpreis 1899/1900.

Witte

J. Fischer, Brombergerstr. 14.

## Marly-Cacao

vornehmste Marke \* \* \*

\* \* \* von Kennern bevorzugt

Preisliste gratis und franco.

garantirt rein und leicht löslich

pr. Pfd. 1,50, 2,00, 2,40 M.

A. Pennitz, Berlin, Rosenthalerstr. 59.

Portofr. Versandt v. 5 Pfd. an.

4583

## Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,

nur Mariannen-Strasse 2.

Bereits-Kränze, Palmen u. Blumenarrangements, Bouquets, Girlanden u. m. werden fein u. preiswert geliefert.

Ziehung 25. Januar u. folg. Tage.

## Geld-Lotterie

Mühlhausen

1. Thür. zur Wiederherstellung der Marienkirche. 30000 Lose.

17 597 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug im Betrage von M.

473,000

Haupt-Gewinn 100,000

Haupt-Gewinn 50,000

Haupt-Gewinn 20,000

Haupt-Gewinn 10,000

1 & 5000 - 5000

2 & 3000 - 6000

10 & 1000 - 10000

30 & 500 - 15000

50 & 300 - 15000

100 & 200 - 20000

200 & 100 - 20000

500 & 50 - 25000

1000 & 20 - 20000

15700 & 10 157000

Mühlhäuser Lose à Mk. 3.30

(Porto u. Liste 30 Pfg. extra) versendet gegen Postanweisung oder Nachnahme das General-Debit:

Lud. Müller & Co.

Berlin, Breitestr. 5.

Telegr.-Adr.: Müllermüller.

## Masken-Garderobe.

Größte Auswahl.

Billigste Preise. \* Vereinte Preisermäßigung.

Fr. Panknin,

Cranienstraße Nr. 178

II. Halberstraße 91, Ecke Cranienstraße.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen, Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

## Centralverband der Maurer etc.

(Zahlstelle Berlin II.)

Am Donnerstag, den 3. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Fischer, Waldstraße 8:

## Mitgliederversammlung für Moabit.

Tages-Ordnung:

1. Verbandsangelegenheiten. 2. Neuwahl des Obmanns. 3. Verschiedenes. Um regen Besuch bittet 138/1

Die Verbandsleitung.

## Textilarbeiter-Verband.

Berlin III (Dekateure).

Donnerstag, den 3. Januar, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alie Jakobstr. 75:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstands. 2. Bericht der Kassierer und der Revisoren. 3. Neuwahl des gesamten Vorstands. 4. Vereinsangelegenheiten. Pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedebuch legitimiert. 197/1

Der Vorstand.

## Achtung! Sattler, Täschner, Einleimleger und Buchbinder Berlins.

Donnerstag, 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal):

## Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Mahregelung unserer Kollegen bei der Firma Gotendinsky u. Co., Rortgrafstr. 13. 3. Verschiedenes. 183/5

Sofalkommission. Filiale III.

## Verband der Möbelpolierer.

Morgen, den 2. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Engel-Ufer 15:

## Ausserordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Was bedeuten die Kontrollbücher für uns Möbelpolierer. 2. Wahl. 3. Verschiedenes. 146/1

Die Sitzung der Vertrauensmänner fällt aus. Der Vorstand.

## Wahl der Gemeinde-Vertretung in Lichtenberg.

Donnerstag, den 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

## Oeffentliche

## Gemeinde-Wählerversammlung

in

Höflichs „Schwarzem Adler“, Frankfurter Chaussee 120.

Tagesordnung:

1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Kommune. Referent Reichstags-Abgeordneter und Stadtverordneter Wlth. Pfannkuch.

2. Bekanntgabe der vom sozialdemokratischen Wahlverein aufgestellten Kandidaten.

3. Freie Diskussion.

Das Wahlkomitee.

## Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Am Sonnabend, den 12. Januar, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

## Wiener Maskenball.

12 Uhr: Demaskierung. — 1 Uhr: Kaffeepause, während derselben humoristische Vorträge. Anfang 8 1/2 Uhr. Billet 50 Pf.

Billets sind zu haben: Norden: Frau Panzeram, Pappel-Allee 128, Frau Müller, Wiesenstr. 30, Georgstr. II. Nord-West: Frau Banschke, Hostenrostr. 47, Hof II. Osten: Frau Klotzsch, Koppenstr. 81, Frau Förster, M. d. V., Friedenstr. 80, empfiehlt ihre Damen-Masken-Garderobe zu billigen Preisen. 65/1

## Verband deutscher Gastwirts-Gehilfen.

(Ortsverwaltung Berlin.)

Die Mitgliedsliste für das I. Quartal 1901 ist weiß mit blauem Querbalken. 63/1

## Louis Kellers Festsäle,

Koppenstrasse 29.

Heute, Neujahrstag:

## Humoristischer Abend

der renommiertesten

## Leipziger Sängler-Quartett u. Humoristen

Herren Pauly, Müller, Hoffmann, Oppermann, Schmitz, Antonius, Cröning. Neues decones humoristisches Programm.

## Gr. Instrumental-Konzert

des Berliner Konzert-Orchesters

unter Leitung seines Dirigenten Herrn Rud. Tietz. Grosser Ball. Zwei Orchester.

Vor und während des Konzerts im Nebenraale Ball. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Reserviert 50 Pf. Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag und Mittwoch statt. 1149\*

Louis Keller.

## Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Engels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. — SO.: Fritz Tittel, Stallgasse 35 v. part. — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, part. im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 41/42. — Gesundbrunnen: Wilhelm Gasmann, Grünhaldenstr. 65. — Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Carl Wars, Sahanien-Allee 95/96. — Charlottenburg: Gustav Schwarzenberg, Selenhaldenstr. 1, Ecke Goeßelstr. v. 1 Treppe. — Deutsch-Wilmersdorf: Ad. Müller, Berlinerstr. 132/133, rechter Seitenstr. und W. Tittel, Auguststr. 3, v. I. Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Carl Wolf, Berlin O., Frankfurter Allee 177. — Grünau: Engel, Dahmestr. 6. — Rixdorf: Obermann, Gröfstr. 6. — Schöneberg: Wlth. Baumier, Apffel Paulstr. 13, Quergebäude hoch. — Ober-Schöneberg: Otto John, Wilhelmshofstraße 18. — Nieder-Schöneberg: Karl Weber, Cigarrengeißelstr. — Johannisthal: Paul Mann, Friedrichstr. 39, I. — Adlershof: Emil Sallmann, Seidowstr. 14. — Köpenick: Franz Weber, Cigarren-Fabrik, Grünauerstr. 1. — Friedenau-Steglitz: G. Bernice, Kirchstraße 15 in Friedenau. — Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Mohr, Dübnerstraße 8, und Fr. Schellhase, Altonstraße 1ba. — Baumschulenweg: Stod, Gröfstr. 2 II. — Neu-Weissensee: Heinrich Gasmann, Seidowstr. 1, part. links. — Rummelsburg: Gorgbert, Pring Alsterstr. 5a. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.









Allen Freunden und Bekannten  
Herzliche Grüße zum neuen Jahre  
meinen herzlichsten Glückwünsche.

Oskar Preil, Schankwirt,  
Rixdorf, Rosenstr. 24.

Allen meinen Freunden und  
Bekanntesten ein frohliches Neujahr!  
18266

Adolf Sievert,  
Gärtnerstr. 50.

Meinen werten Gästen  
recht frohliches neues Jahr!

Moritz Uhle,  
18386 Kreuzbergstr. 50.

Meinen werten Kunden,  
sowie Freunden und Be-  
kannnten rufe zur Jahr-  
wende ein

Prosit Neujahr  
Carl König,  
Gärtnerstr. 53.

Allen Freunden, Bekannten, Ge-  
nossen und meinen werten Gästen  
die herzlichsten Glückwünsche zum  
Neuen Jahre!

Hochachtungsvoll! 18205

Carl Risch, Roppenstr. 13.

Köpenick.  
Allen meinen werten Gästen und  
Freunden wünsche ein frohliches und  
gesundes neues Jahr!

Albert Stippelkohl,  
Schwartz, Schönhaiderstr. 5.

Meinen geehrten Freunden und  
werten Kunden zum Jahres-  
wechsel herzlichste Gratulation.

D. Perleberg,  
18475 Chausseestraße 57.

Ein frohes Neujahr wünscht  
allen seinen Kunden, Freunden und  
Bekanntesten H. Fauslow, Selter-  
fabrikant, Charlottenburg, Bismarck-  
straße 82.

18435

Allen meinen werten Gästen,  
Freunden und Bekannten wünsche  
ein frohliches, gesundes Neujahr.

Hermann Barkentien,  
18306 Reihour, „Im Schanke“,  
Brig, Bürgerstraße Nr. 4.

Die besten  
Glückwünsche  
zum neuen Jahre.

Berlin, Neujahr 1901.

An unsere Kunden!

Beim Jahreswechsel nehmen wir gern Ver-  
anlassung für das uns bisher erwiesene Wohlwollen  
bestens zu danken und um die fernere Haltung  
desselben ergebenst zu bitten.

Hochachtungsvoll!

Baer Sohn

Fabrikation u. Maass-Anfertigung  
guter Herren- und Knaben-Bekleidung

Chausseestraße 24a/25  
11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurterstr. 20.

Seinen werten Gästen, Freunden  
und Bekannten wünscht ein fröh-  
liches Neujahr. 18248

Faustner, Ringbahnstr. 21.

Meinen Gästen und Freunden  
wünsche herzlich ein  
frohliches Neujahr!

F. Weniger,  
Brig, Werderstr. 27.

Berlin W.  
Schwantzer'sches  
Conservatorium  
für  
Haus-, Konzert-  
und  
Kammer-Musik,  
gegr. 1861.  
Directorium  
Behm-Hutschenreuter.  
Sehr talentvolle unbemittelte  
Schüler erhält Preisermäßigung.  
Nähere Auskunft durch  
Director Hutschenreuter,  
Nettelbeckstr. 16.

Restaur. Zum weißen Wolf  
Mauerstr. 50  
(unweit der Urania).  
Empfehle allen Freunden und Be-  
kannnten mein neu eröffnetes Restaurant  
mit reichhaltigem Frühstück, Mittag-  
und Abendessen zu n. Preisen. Vor-  
zügliches Weißbier, heiß und dunkles  
Bierbier. 1898b  
Um geneigten Zuspruch bittet  
Otto Wolf,  
(früher Schönhauser Allee 178).  
NB. Rein lokal ist von der Urania  
nur einige Beläden entfernt.

19 Ein 01  
frohliches Neujahr  
sendet allen Genossen und  
werten Kunden  
Jean Holze  
Marken-Fabrikant, Hamburg.



Unsren werten Gästen, Freunden und Bekannten  
wünschen wir ein  
frohliches neues Jahr!  
Carl Stechert und Familie,  
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.

Ein herzliches  
„Prosit Neujahr!“  
rufe ich allen meinen Kunden zu.  
J. Marqueur,  
S. 14 Stallschreiberstraße 32 a.

Allen Freunden u. Bekannten  
ein frohes und gesundes Neujahr und ein recht vergnügtes Wiedersehen auf  
der Insel wünscht der alte Freund und Bieglwerber.  
Ein frohliches Neues Jahr  
wünschen wir allen unseren hochgeehrten Gästen, Freunden und Be-  
kannnten.  
A. Rebatu und Frau.  
Schultheiss-Ausschank. In der Schillingstraße 1.

Allen unseren werten Vereinen, Gästen, Freunden und Bekannten  
wünschen ein frohliches neues Jahr. 18225  
Gebr. Mielig „Arminhallen“  
Kommandantenstr. 20.  
Charlottenburg!  
Uhrmacher Kunstmann, Wallstraße 1.  
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. 1483L

Geschäftsführer.  
Konsum-Verein Berlin-Rixdorf  
sucht zum baldmöglichsten Eintritt einen im Genossenschaftswesen erfahrenen  
tüchtigen Geschäftsführer. 287/15  
Der Verein zählt gegenwärtig 1200 Mitglieder. Bei Offerten sind bis  
inkl. 18. Januar 1901 zu richten unter Angabe bisheriger Tätigkeit  
und Gehaltsansprüche an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats  
Franz Baberske, Berlin SO., Grünauerstr. 15.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Destillation mit Bereinigungs-  
Apparat, Mitte der Stadt, für  
2500 Mark zu verkaufen. Näheres  
bei W. Müller, Mantelstraße 117,  
Energiehaus, IV. 18275  
Achtung! Kein Laden, eigene  
Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark,  
und bessere Qualitäten. Garantie  
rein amerikanischer Tabak. Kippen-  
tabak 2 Pfund 50 Pfennig. 6 Br. Dins-  
lage, Kottbuserstraße 4. Hof parterre.  
Bierverlag mit Kundschaft billig  
zu verkaufen, Bier, alte Jakob-  
straße 119. 17825  
Milchgeschäft umständlicher zu  
verkaufen, 500 R., Bondthorstr. 15.  
Vorjährige elegante Herren-Winter-  
paletots und Anzüge aus feinsten  
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-  
abend und Sonntag. Verkaufhaus  
Germania, Unter den Linden 21 II.  
Kopfle, Tischdecken, Remonteur-  
arbeiten, Regulateure, sportlich  
Leibhaus Reanderstraße 6. 46/20  
Versteigerung mit Waage für 25 R.  
verkauft zum, Charlottenburg, Ber-  
linerstraße 109. 17325  
Wahlwerke, Vierzehner, Har-  
monica, Violinen, Mandolinen,  
Gitarren, Zithern, Saiten; auch  
Teilhaltung, Sporfeld, Pestelberger-  
straße 50. 17825  
Pianos verkauft billig, auch  
Teilhaltung die Woche 4 Mark, monat-  
lich 15,00 Mark, Buchholzerstraße 10 I  
links. 1898b  
Wenzelhauer: Zither, Rosen-  
blätter 9 Mark Kalamiten-Allee 27,  
Weinhandlung. 1785b  
Nähmaschinen beste deutsche Ware,  
ohne Anzahlung, Woche 1 Mark.  
Freier Unterricht. Langschiffchen, Ring-  
schiffchen, Rundschiff, Schneidnäher.  
Nähmaschinen-Geschäft Rixdorf, Ver-  
linderstraße 84, nahe Hermannplatz. 1785b  
Petroleumleuchte, doppelt, ge-  
richtigt, Gaslampen, Voltmeter,  
Schleifstein, Alldreher, Kreischmann,  
Vindenerstraße 37. 18578

Nähmaschinen: Adler, Wrona,  
Wingfield, Bobbin, Waich und Wring-  
maschinen auf Teilzahlung, Kolchwig,  
Wrangelestraße 118. 1483b  
Nähmaschinen aller Systeme ver-  
kauft G. Schmidt, Alexandrinen-  
straße 7, Hof 2 Treppen. 1483b  
Nähmaschinen sämtlicher Systeme  
ohne Anzahlung, Woche 1 Mark,  
lieferiert schnellstens Wollnerstraße 25,  
Vaden. Unterricht gratis. 1857b  
Fahrräder! Teilzahlungen, Neben-  
auswahl, Damen-Fahrräder, Holzrenn-  
räder, Touren-Fahrräder, Tandem-  
räder sämtlicher Preislagen, Jahres-  
garantie, Befahren 40,-, 60,-,  
Zugerkund vor Rückkauf unbedingt  
notwendig! Kaufvertrag ausgeschlossen.  
Näher-Reparaturen sachgemäß, preis-  
wert. Abholung kostenfrei. Con-  
tinentale-Mantel, schriftliche Jahres-  
garantie 10,-, Multipler-Industrie,  
Alexandrinestraße fünfundsiebzig,  
Stallschreiberstraße. 1822b  
Waschlocher! Praktische Waschlocher!  
Ersparnisse! Sparlocher! Zwei-  
locher 6,-, Dreilocher 10,-, Gas-  
pfeifen billig! Wollnerstraße 12.-,  
Gasse 7,-, Wollner, Wollner-  
identenstraße 32. 1390b  
Waschmaschinen, Dienstboten, für  
Eintarnt, Bruststücke, Schwämme,  
Geschäftsanahme, bessere Geschäfte,  
farbe, überaus billig, 14 Flaschen  
3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erhaltbar.  
Nicht fälschen! Qualität ent-  
scheidet. Vorverkauferei Ringler  
Vermuerstraße 119. 88/3  
Fette Wänse, 1000 Stück, sehen  
wieder zum Verkauf für den Spot-  
preis von 2,50 Mark an. Central-  
Bücherei gegenüber Restaurant Ge-  
büsch, Pferdebahn-Haltestelle. Weiße  
Damen a. Hund 2,25, grobe Federn  
60 Pf. Paul G. 1783b  
Kanarienvogel, tiefgehende, in  
bekannter Gasse und Reihour, Woche,  
Vorkasse 84, Eingang 84. 1705b  
Kanarienvogel, Auswahl, lang-  
singer, Kottbischer 1,50, Drämen-  
straße 87, Vogelhandlung. 1775b  
Kanarienvogel, Deutsche, Weis-  
chen verkauft Götze, Reindendorfer-  
straße 54. 1784

Beiten, Stoppdecken, Gardinen  
sportlich Leibhaus Reanderstraße 6.  
Kanarienvogel und Weiden  
eigener Zucht verkauft R. Napier,  
Weidenburgerstraße 65. 1844b  
Madengarderobe für Herren  
und Damen ist wegen Kränklichkeit  
der Besitzerin billig zu verkaufen.  
Biesenholzerstraße 21 bei Grünwald.  
Vermischte Anzeigen.  
Allen meinen werten Kunden  
wünsche ich ein gesundes neues Jahr!  
Wilhelm Henze, Petersburgerstr. 41.  
Allen Freunden und Bekannten  
die herzlichsten Glückwünsche zum  
neuen Jahr. Emil Jünger, Woll-  
nerstraße 47. 715  
Zum neuen Jahre gratuliere allen  
meinen werten Kunden und Be-  
kannnten. Wolf Werrmann, Dres-  
denerstraße 2. 1840b  
Gratuliere zum neuen Jahre!  
Bitte um Unterbringung mit Hand-  
arbeit da ich verunglückt bin.  
Strümpfe und Socken aller Art wer-  
den neu und angefertigt, auch gepö-  
pelt, Herrenkleider, Damenkleider, Taillen  
und Böden wird sauber ausgefärbt,  
neu Böden wird sauber abgeleitet.  
Verstärker, Brautkleider, Händelerei,  
Monogrammbilderei wird angenom-  
men. Frau Winoe Matzsch, N.O.,  
Christburgerstraße 32, Hof, parterre,  
rechts.  
Elektrotechnik. Jasion, alle  
Zusätze 24. Mittwoch, 9. Januar,  
neuer Abendkurs. Gründliche theo-  
retische und praktische Ausbildung.  
Anmeldung täglich. 1845b  
Patentanwalt Dammann, De-  
nienstraße 67, Moritzplatz. Gefunden  
lohnfreier Rat abends bis neun  
Unfallfassen, Klagen, Eingaben,  
Reklamationen, Puffer, Straß-  
straße 65. 1654b  
Unfallfassen fertigt Schulz, Berg-  
mannstraße 107. 1809b  
Buchbinder-Arbeit jeder Ar-  
t fertigt Ferdinand Riemer, W. Bülow-  
straße 66, 2. Hof parterre. 2387b

Bibliothek! Wer sich über diese  
rusische Grausamkeit unserer Zeit  
unterricht will, verlange die Flug-  
blätter des Weltbundes gegen Bi-  
belforen, welche unentgeltlich versendet  
werden vom Tierbuchverlag Berlin,  
Königsbergerstraße 108. Um gültigen  
Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine,  
welche in ihren Versammlungen Vor-  
träge wünschen über Bibelforen,  
wollen sich um Referenten an die-  
selbe Adresse wenden. 925b  
Kunstkopferer von Frau Klotzky,  
Steinwegstraße 48.  
Wer Stoff hat? Fertige Herren-  
anzüge: mit Futterläden 15, ohne  
Stoff 20 Mark. Wagner, Schneid-  
meister, Frankfurterstraße 69, III. Bitte  
Ramen beachten! 1839b  
Vereinigung frei. Vadenwig,  
Kommandantenstraße 65. 2838\*  
Saal und Vereinigung empfiehlt  
Jannasch, Frielestraße 10. 1206b\*  
Bereinstimmer, neu eingerichtet,  
mit Pianino, empfiehlt Schmidt,  
Stromstraße 42. 1782\*  
Großes Vereinszimmer einige  
Tage in der Woche zu vergeben.  
S. Schafe, Lindowerstraße 26. 1434b

Zu Arbeitsmarkt durch  
besonderen Druck hervorragende  
Anzeigen lösen 40 Pf. pro Zeile  
Achtung Theaterarbeiter!  
Der Streit im Friedrich-Wilhelm-  
städtischen Theater besteht weiter.  
Deshalb ist damit noch wie vor ge-  
sperrt bis auf weiteres. 287/10\*  
Der Vorstand  
des Verbandes des technischen  
Bühnenpersonals.  
Achtung! Achtung  
Parkettbodenleger!  
Folgende Firma ist gesperrt:  
Wollig-Glassen, Parzell-Fabrik.  
Die Kommission.  
Achtung! Achtung!  
Stuccateure!  
Bei der Firma Jädel haben sämt-  
liche Kollegen auf Grund des An-  
gebots, Record zu arbeiten, die  
Arbeit niedergelegt. Bezug ist streng  
fremd zu halten. Die Bauten der  
Firma sind:  
Liegensburgerstraße, Ecke Reindor-  
ferstraße; Bau Goldmann.  
Reindorferstr. 11; Bau Goldmann.  
Reindorferstraße Ecke Anhalter-  
Damm; Bau Albrecht.  
Kurfürsten-Damm 200; Bau Krenzel.  
Kurfürsten-Damm Ecke Schiller-  
straße; Bau Wollig.  
Mittelstraße 31; Bau Kaiser u.  
v. Gleditsch.  
Giesenbühnenstraße; Bau Garbe.  
179/17\* Die Lokalkommission.  
Achtung!  
Zattler, Tischner, Einlenk-  
leger, Buchbinder! Heber die  
Firma Golembiewski, Markt-  
strafenstraße 13, ist die Sperre  
verhängt. 1824b  
Die Lokalkommission.



**Tokales.**

**Der historische Kalender**

für 1901 ist der heutige Nummer unseres Blatts beigelegt. Unser Leser werden mit einigen Erstaunen wahrnehmen, daß er seine Gestalt gewechselt hat und nicht mehr als Wandkalender, sondern in Buchform erscheint. Es war ein zwingender Grund, der zu dieser Aenderung führte; man kann von einer Prinzipienfrage reden. In seiner Eigenschaft als Wandkalender war unser Freund nicht ganz ehrlich. Nicht daß etwa der Tag, an welchem Ludwig XVI. hingerichtet worden oder ein andres vom Scharfmachertum in skurriger Gewohnheit als Popanz aufgegriffenes Revolutions-Datum gefälscht gewesen wäre. Was Fälschen und Betrügen betrifft, so müßte ihm, wie erst die Ereignisse des letzten Monats gezeigt haben, im Wettlauf mit beschneiten und unbeschneiten Christen, mit solchen, welche Kirchen bauen lassen und solchen, welche Millionen ergaunern, bloß um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, doch gar bald die Nase ausgehen. Die Unehrlichkeit unseres historischen Kalenders lag in seiner Gestalt. Einen rechtlichen Wandkalender kann man nicht anders gelten lassen als wenn er neben den Monatsstagen noch Raum frei läßt zum Notieren von Geburtsstagen, Schneidrechnungen und ähnlichen frohen Familienereignissen. Dieser Raum aber wurde in unserem Kalender, ganz seiner Natur gemäß, völlig von den weltgeschichtlichen Daten mit Beschlag belegt. Und der Raum wurde, je mehr sich die wahrhaft welterschütternden Ereignisse drängten, enger und enger; und wollte der Kalender hinfür seiner Pflicht genügen, so konnte er es nur, wenn er entweder ganz Wandkalender oder ganz historischer wurde. Er entschied sich für die letztere Gestalt — schon in Rücksicht auf die unserer Partei so notwendigen und förderlichen Gegner, die erfahrungsgemäß ohne ein bißchen Aergers über die Revolutions- und Attentatsdaten ihre Silvesterpfannkuchen nicht verdauen können. Aber auch seinen Freunden ist der historische Kalender in seiner neuen Gestalt hoffentlich noch willkommener als in früheren Jahren. Er wird so seinem Zweck besser gerecht als bisher, und das ist doch das Entscheidende!

**Neujahrstimmung.**

Es giebt Leute, die sich am Silvesterabend in der größten Gemütsruhe pünktlich, wie immer, um 10 oder 11 Uhr ins Bett legen und ebenso pünktlich schon fünf Minuten nachher schlafen. Wenn sie um 12 Uhr durch das „Prosit Neujahr!“, das von der Straße tausendfältig zu ihnen heraufdringt, aus ihrem Schlummer aufgeschreckt werden, dann drehen sie sich brummend auf die andre Seite, um weiterzuschlafen.

Die Silvesterwärmer da unten, die um Mitternacht auf die Straßen hinaus eilen, um einander mit ihrem „Prosit Neujahr!“ zu grüßen, wissen so etwas „einfach unverständlich“ finden. „Den Kerl müßte man doch gleich ins dem Bette heranziehen!“

Ich möchte nun beileibe nicht in den Verdaul kommen, ein grammatikaler Spielverderber zu sein; aber — ich kann mir nicht helfen — mir fallen bei dem abfälschlich wiederkehrenden Silvestertrubel immer die Worte eines dieser „Unverständlichen“ ein, der mir einmal in bittigem Tone bemerkte: „Den Jahreswechsel“ sollte ich feiern?! Werken Sie etwas von „Wechsel“? Ich nicht!“

„Werken Sie etwas von „Wechsel“?“ Wenn man den Hunderttausenden, die in Berlin — den Millionen, die draußen im Reich gestern Abend in ausgelassener Fröhlichkeit Silvester gefeiert haben, diese Frage vorgelegt hätte: was würden sie geantwortet haben? Ob da wohl sehr viele auf das boshafte „Werken Sie etwas von „Wechsel“?“, das so gar nicht in die übermütige Silvesterstimmung hineinpassen will, eine andre Antwort gewußt hätten als ein kleinlautes, klägliches „Ich nicht!“?

Ich sagte schon, daß ich mich nicht gern Spielverderber schelten lassen mag. Aber heute, wo der Silvestertrubel vorbei ist, wo gerade die übermütigsten Silvesterwärmer am ehesten geneigt sein werden, sich ernstlichen Betrachtungen hinzugeben, da darf vielleicht doch daran erinnert werden, daß weite Kreise der Bevölkerung in der That keinen Anlaß haben, die Jahreswende zu „feiern“ und in den bei dieser Gelegenheit üblichen Jubel miteinzufallen. Das neue Jahr beginnt für sie genau ebenso trübselig, wie das alte trübselig geendet hat. „Werken Sie etwas von „Wechsel“? Ich nicht!“ Man begreift die Frage, man begreift auch die Antwort.

Das ist eine trostlose Neujahrstimmung, nicht wahr? Sie ist nicht nach dem Geschnad der Silvesterwärmer, aber nach dem Geschnad jenes bittigen Fragers, an dessen Worte ich allemal beim Jahreswechsel denken muß, wäre sie eigentlich auch nicht. Es ist wahr, auch er hatte die Schulle, sich am Silvesterabend um 10 Uhr ins Bett zu legen und sich um 12 Uhr, wenn ihn die „Prosit Neujahr!“-Rufe aufweckten, brummend auf die andre Seite zu drehen, um weiter zu schlafen. Er wußte, daß es ihm vorerst auch im neuen Jahre nicht besser gehen würde als im alten; daran konnten alle „Prosits“ der Welt nichts ändern. Allein ein Kopfängerer war er nicht. Er hatte gelernt, über sich und die Seinen hinauszublicken, sich als Mitglied seiner Klasse zu fühlen und Schuler an Schuler mit seinen Klagenoffenen zu kämpfen. Die „Jahreswende“ ließ ihn gleichgültig, aber auf die Zeitenwende hoffte er mit der starken Zuversicht, wie sie nur aus dem Bewußtsein, für eine gute Sache zu kämpfen erwächst.

Die Hoffnung auf die Zeitenwende — ist sie nicht die wahre „Neujahrstimmung“ der arbeitenden Klasse?

**Vier Jahrzehnte**

sind morgen verfloßen, seitdem der Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. im Bahnsinn verstorben ist. Am 2. Januar 1861 verkündeten die Gloden vom Dom, daß der Tod den Monarchen von seinen langwierigen Leiden erlöst hatte. Ungeahnte Taten und Entdeckungen des Menschengeistes haben mehr noch als solche Ereignisse, die man indgemein als Weltgeschichte bezeichnet, seit diesem Tage die Welt verändert. Und doch mutet uns manches aus dem Leben Friedrich Wilhelms IV. keineswegs so weltentlegen an.

Friedrich Wilhelm IV. starb, wie gesagt, im Bahnsinn. Halb hatte ihn die Erinnerung an die Revolutionszeit krank gemacht, halb trug er den Keim zur Geisteskrankheit schon seit jungen Jahren in sich. Varnhagen von Ense erzählt schon aus der ersten Regentenzeit die kuriosen Geschichten von der wunderlichen Geistesverfassung des Königs. Der scharfe Beobachter konstatiert von dem Monarchen, dem es schmeichelte, mit seinem Geiste zu brillieren, eigentümliche Symptome.

„Daß der König überall Neben hält und sogar in Erörterungen sich einläßt, macht seinem Talent alle Ehre und zeigt seine Persönlichkeit vorteilhaft, aber es ist ein gefährlicher Glanz, der leicht zum Schaden ausschlagen kann.“ (Varnhagen, Bd. 2 S. 208.)

Der König reiste gern und viel, es war, als ob die innere Raslosigkeit seiner Natur, die Hitze des raschen Bluts, das Drängen

und Treiben dieser unfläten Phantasie sich einen Augenblick Ausdruck zu verschaffen suchte in diesem königlichen Pomp, den er dabei zu entwickeln liebte.“ (Prug I, S. 542.)

Die Wanklust des Königs ist ungeheuer, doch fast nur auf Kirchen, Schlösser und Kunstgebäude gestellt, auf Bauten des Prunks.“ (Varnhagen 2, 321.)

Bekannt war auch die krampfhaft hervorgekehrte Kirchenfrömmigkeit dieses Fürsten, die innig mit einer erschreckenden Grausamkeit und Rohheit des Gemüts verschwärtet war. Als Friedrich Wilhelm IV. zum letztenmale der Sitzung seines Staatsministeriums präsierte, war seine letzte Regierungshandlung die Bestätigung von elf Todesurteilen.

Nach dem Tode dieses Königs setzte unter Bismarck die Blut- und Eisenpolitik ein. Sie erreichte zehn Jahre später, als die deutschen Heere vor Paris, der „Stadt voll Blut und Wunden“, lagen, ihre Apotheose. Deutschland jubelt. Noch tobt der Krieg, aber an dem endgültigen Siege über das Volk, das nach dem Diktatorwort mit uns Deutschen vereint die Welt befreien könnte, zweifelt niemand mehr in unserem Vaterlande. Nur wenige ahnen in den Schreulichen, daß schon ein neuer Gott geboren, nur wenige beachten die Diktatorstimme:

Germania, mir graut vor Dir!  
..... Ich glaube fast,  
Daß Du in argen Mohn versunken  
Und daß Du gottesgnadentrunken  
Das Menschenrecht vergessen hast.

Weitere zehn Jahre sind vergangen. Das Menschenrecht scheint vergessen. Eine Fülle von Enttäuschungen haben die erlebt, die vom wiedererstandenen Deutschen Reich das goldene Zeitalter erhofften. Milliardenfugen, Kulturkampf, Gründungsschwindel, Krise, Sozialpolitik und Sozialistengesetz hat es gebracht. Hunderttausende haben sich schon zur neuen Lehre bekant; mit der Macht der rohen Gewalt glaubt aber Bismarck als der Erste in der absterbenden Welt den jungen Niesen erstickern zu können. Der Geist spottet der Säkergläube. Abermals nach zehn Jahren liegt der Blut- und Eisenmensch zerschmettert am Boden, zerschmettert von seinem Todfeinde, dem Sozialismus.

Und heute, am ersten Tage des zwanzigsten Jahrhunderts zweifelt unter Freund und Feind kein Denker mehr daran, daß dieses Jahrhundert dem Sozialismus gehören muß. Unser die Welt trotz alledem heißt es im Proletariat aller Kulturländer.

Welch ein Wechsel, namentlich bei uns in Berlin, wenn wir einige Jahre zurückdenken. Damals die Massen stumpf trotz Ahr- undwürgis, nirgendwo ein Zweifel an der „monarchischen Zuverlässigkeit“ der Bevölkerung. Heute bekant sich die erdrückende Mehrheit der Berliner Einwohnererschaft zur Sozialdemokratie! Zwar ist dem Niesen Proletariat das wunderliche Gesicht geblieben, daß er außer dem Hauptfeind, dem Kapitalismus, noch allerhand romantisches Gespenstervolk, noch ein erledliches Elak tollten mittelalterlichen Aberglaubens von Cäsarenmacht, und wie das Zeug sich nennen mag, bekämpfen muß. Aber schon leuchtet ein purpurerner Streifen im Osten. Bald muß der Spuk in blauen Dunst zerfließen. Der Morgen dieses neuen Jahrhunderts steigt herauf, der Morgen des Sozialismus!

Die Wohnungsnot hat zur Folge gehabt, daß die weiten, den Böhowschen Erben gehörigen Grundflächen im Nordosten Berlins endlich der Bebauung erschlossen werden. Man berichtet darüber aus dem Rathaus:

Zur Ausschließung und Bebauung der Gegend zwischen dem Friedrichshain, der Greifswalderstraße, dem Bahnhof Weihensee, der Elbingerstraße und dem „Verlorenen Wege“ haben Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Böhowschen Erben, denen das dortige Terrain gehört, stattgefunden, die von Erfolg gewesen sind. Die Gegend soll durch drei neue Straßen aufgeschliffen und die Elbingerstraße, um deren Regulierung schon mehrfach petitioniert ist, wie die anschließenden Ringstraßen: Danziger, St. Petersburger, Warschauerstraße reguliert werden. Die Böhowschen Erben haben sich bereit erklärt, ein an den beiden neuen Straßen A und B belegenes zu Schulzwecken geeignetes Grundstück zum Preise von 35 M. für den Quadratmeter dem Magistrat zur Verfügung zu stellen. Die Stadtverordneten-Versammlung wird ersucht, das Abkommen mit den Böhowschen Erben zu genehmigen, alsdann soll die Genehmigung des Kaisers zur Anlage der neuen Straßen nachgesucht werden. Mit der Regulierung der Elbingerstraße und dem Durchbruch der Bernauerstraße nach dem Stettiner Bahnhof wird eine direkte Verbindung zwischen diesem und dem Central-Viehhof geschaffen. Gleich nach Fertigstellung dieser Straßen soll mit dem Bau einer zweiten Ringbahn durch die Bernauer-, Danziger-, Elbinger-, Petersburger-, Warschauer-, Stalitzer-, Gneisenau-, Jork-, Völlov-, Lanzenstraße, Zoologischer Garten begonnen werden, die später durch die Kantstraße, Charlottenburg, Blüthensee, nach dem neuen Krankenhaus an der Seestraße durch diese und die Christianiastraße nach dem Bahnhof Gellindbrunnen weitergeführt werden soll. Von dort erhält diese Ringbahn dann durch die Schwimmländerstraße Anschluß an die Bahn in der Bernauerstraße.

Die Böhowschen Erben, die warten konnten, haben den richtigen Augenblick abgewartet, um mit ungeheurem Gewinn nunmehr ihre Acker zu veräußern. Eine wilde Terrain speculation wird demnach anheben und das Ende der Geschäfte wird wahrscheinlich sein, daß, wenn endlich Häuser gebaut werden, deren Mietspreis von kleinen Leuten nicht zu erschwingen ist. Dem irgend eine Handhabe, welche die Käufer zwingen könnte, bei der Spekulation etwa dringende Bedürfnisse zu berücksichtigen, ist den Gemeinden im preussischen Mutterland nicht gegeben. Wäre solche Handhabe vorhanden, so würde sie demnach von einer Gemeindeverwaltung, die geschäftlich mindestens zur Hälfte aus Hausagariern zusammengesetzt sein muß, auch wohl kaum angewendet werden.

Nur nicht selber bauen! Das ist in Berlin kommunale Parole. Zur Beförderung der Bestrebungen der Berliner gemeinnützigen Bau-Gesellschaft, der statutenmäßig die Verpflichtung zum Bau billiger, kleinerer Wohnungen obliegt, beabsichtigt der Magistrat nun wenigstens die auch im allgemeinen Verkehrsinteresse liegende Anlegung bezw. Weiterführung der Gneißstraße bis zur Pappel-Allee. Die Stadtverordneten-Versammlung wird ersucht, das Abkommen mit der Baugesellschaft zu genehmigen und der Regulierung der Straße auf städtische Kosten zuzustimmen.

Unter den heutigen Zuständen ist eine solche Konzession schon viel und man wird sich darauf gefast machen müssen, daß in der Stadtverordneten-Versammlung schwere Bedenken laut werden darüber, daß bei einer Förderung der Baugesellschaften das Interesse der armen Hausbesitzer Schaden nehmen könnte.

Die Verkehrsdeputation hat beschlossen, unter Mitwirkung des anzustellenden Direktors der städtischen Straßenbahnen, zu deren Leitung sich schon Bewerber gemeldet haben, eine Anzahl von Ingenieuren, Technikern, Zeichnern und andren Hilfskräften anzustellen; auch sollen die nötigen Büroräume beschafft und mit Inventar ausgestattet werden.

Die Honorierung der ärztlichen Gutachten, die für Versicherungsanstalten zur Begründung ihres Anspruchs auf Invalidenrente ausgestellt werden, ist für Berlin neu geordnet worden. Die

Neuordnung ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen dem Vorstände der Landes-Versicherungsanstalt Berlin und den Mitgliedern des Herzogin-Elisabeth-Vereins, Geheimen Sanitätsräten Dr. Siebert, Marcuse und Dr. Brachmer. Die Landes-Versicherungsanstalt erklärt sich damit einverstanden, daß die Kosten für die von den Rentenbewerbern beizubringenden ärztlichen Gutachten von der Versicherungsanstalt getragen werden. Maßgebend ist dabei folgendes: 1. Das ärztliche Gutachten wird nur dann honoriert, wenn es auf dem amtlichen Formulare der Landes-Versicherungsanstalt Berlin ausgestellt wird. Dieses Formular wird den Versicherten durch die untere Verwaltungsbehörde (Magistratsbureau für Invaliditäts- und Alters-Versicherung) in einem verschlossenen Briefumschlag verabfolgt, nachdem diese Behörde Feststellungen über das Vorhandensein der formalen Voraussetzungen für den Invalidenrentenantrag vorgenommen hat. 2. Nur derjenige Arzt hat auf Honorierung des Gutachtens zu rechnen, der den Versicherten bereits vorher in Behandlung gehabt hat. Hat der Versicherte nicht in Behandlung eines Arztes gestanden oder will er sich nicht an den behandelnden Arzt wegen Ausstellung des Gutachtens wenden, so wird er auf seinen Antrag von dem Magistratsbureau für Invaliditäts- und Altersversicherung einem Vertreterarzt der Landesversicherungsanstalt Berlin zur kostenlosen ärztlichen Untersuchung überwiesen werden. 3. Die Fragen des Formulars sind vollständig und genau in deutscher Schrift zu beantworten; für etwa erforderlich werdende Nachfragen wird ein besonderes Honorar nicht gewährt. Das Gutachten ist vom Arzt portofrei an das Magistratsbureau für Invaliditäts- und Altersversicherung zu übersenden. 4. Das Honorar für jedes Gutachten beträgt 5 M. Die Vereinbarung tritt am 15. Januar 1901 in Kraft. Durch ein Rundschreiben werden die Ärzte über die Einzelheiten der Neuordnung, die einen wesentlichen Fortschritt bedeutet, unterrichtet werden.

Der Winter ist hereingebrochen. Zwar nicht gleich in seiner schlimmsten Gestalt; manchem waren die vier Grad Kälte mit der schneidende Ostwind sogar eine willkommenen Erlösung von dem abschneulichen „Nacht“, den das Regenwetter der letzten Tage mit sich brachte. Die Eisbahnfahrer reizen sich die Hände, weniger vor Kälte als vor Freude. Die ärmere Bevölkerung aber steht unter der Last des Kohlenwuchers einem wirklichen Winter mit schweren Sorgen entgegen; und wenig Trost mag es ihr gewähren, daß wir gegen Königsberg in Preußen, wo gestern 18 Grad Kälte waren und gegen Garparanda, wo das Thermometer gar 31 Grad anzeigte, immer noch glücklich gestellt sind.

Das Kuratorium für das städtische Turn- und Badewesen hat in seiner letzten Sitzung am Sonnabend, auf Antrag des Stadtverordneten Borgmann, beschlossen, vom 1. Oktober 1901 ab gleichwie in den Fluss-Bade-Anstalten auch in den Volls-Bade-Anstalten Moabit, Schillingstraße, Varnhagenstraße, Döberbergstraße, Freilarten an unbenutzte Schalter und Schieberinnen der Gemeindefiskalen anzugeben. Die Ausgabe der Karten soll so wie bisher durch die Rektoren der Gemeindefiskalen erfolgen. — Als Zeit für die Benutzung der Karten sind für die Mädchen die Stunden von 2—4 Uhr und für die Knaben die Stunden von 4—6 Uhr nachmittags festgesetzt worden. Die feiner Zeit beim Magistrat in Vorschlag gebrachte Lohnsala für die Angestellten, welche sich nach dem Dienstalter regelt, soll nunmehr am 1. April 1901 in Kraft treten.

Das frühere Empfangsgebäude des Stettiner Bahnhofes, das neben dem jetzigen Empfangsgebäude liegt und, seiner ursprünglichen Bestimmung schon seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr dienend, nur noch als Dienstwohngebäude benutzt wird, soll im Jahre 1901 abgebrochen werden. Das öffentliche Angebotsverfahren zum Zweck des Verkaufs auf Abbruch ist bereits ausgeschrieben worden. Das Gebäude wurde im Jahre 1842 bei Eröffnung der zuerst fertiggestellten, bis Eberswalde reichenden Strecke der Stettiner Bahn in Benutzung genommen. Es ist das älteste noch erhaltene Bahnhof-Empfangsgebäude in Berlin und zeigt, wie beide in den Abmessungen und schmucklos in der Ausstattung die Vauilligkeiten der Berliner Bahnhöfe damals gehalten wurden. Nach Beseitigung dieses Gebäudes wird das älteste Bahnhof-Empfangsgebäude das der Hamburger Bahn sein, das in den Jahren 1845—47 erbaut wurde und bereits als eine für damalige Verhältnisse großartige Anlage gelten konnte. Die jetzige Empfangshalle der Stettiner Bahn wurde im Jahre 1876 vollendet.

Die Berliner Markthallen sind am Neujahrstage nur von 7—9 Uhr morgens für das Publikum geöffnet.

Wird es nun besser werden? Wenn man im Publikum über die zahlreichen Unglücksfälle reden hört, die durch die Schuld der „Großen“ im Straßenbahnbetriebe verursacht werden, dann hieß es, daß nicht früher an ernsthafte Besserung zu denken sei, als bis einmal ein Mitglied des Hofes oder sonst irgend eine Standesperson der „Großen“ zum Opfer falle. Ein solcher trauriger Fall ist nunmehr eingetreten. Der Generalleutnant z. D. Otto v. Pöschmann er ist Sonntagabend von einem elektrischen Wagen der Linie Wilmersdorfer Zoologischer Gärten überfahren und so schwer verletzt worden, daß er wenige Stunden darauf verschied. Das Unglück trat sich vor dem Hause des Verstorbenen, Alhandstr. 27, gegen sieben Uhr zu. Der General war im Begriff, sich mit seiner Tochter nach der Stadt zu begeben, und trat gerade aus dem Hause, als ein Wagen in der Richtung zum Zoologischen Garten vorüberfuhr. Er rief den Wagen an und ließ hinter ihm her. Da er sich zugleich nach seiner Tochter umschaute, nahm er einen in entgegengesetzter Richtung kommenden Wagen nicht mehr wahr, wurde umgerissen und eine ganze Strecke weit geschleift. Sein einer Arm war so fest unter dem Schuttbrette eingeklemmt, daß die Feuerwehr gerufen werden mußte, um den Wagen zu heben und den Verunglückten zu befreien. In seiner Wohnung starb er dann um 1/211 Uhr an einem schweren Schädelbruch, ohne wieder zum Bewußtsein gekommen zu sein. Der Verstorbene war vor 66 Jahren in Reife geboren und wurde in voller Mäßigkeit als Generalleutnant 1898 zur Disposition gestellt. Er hinterläßt eine Witwe mit mehreren Kindern.

Die Zahl der Opfer der Großen Berliner Straßenbahn ist im Monat Dezember wieder gestiegen. Es wurden von Straßenbahnwagen totgefahren der Arbeiter Köning in der Brunnenstraße, der aus Götting zugereiste Kaufmann Schmoß, der Rentier St. in der Müllerstraße, am Heiligabend in der Kraußstraße ein Arbeitermann, dessen Verlon noch nicht festgesetzt ist, und Sonntag der General Pöschmann, insgesamt 5 Personen gegen 3 Tote im Vormonat. Auch die Zahl der Schwerverletzten ist von 8 im Monat November auf 10 angewachsen, unter denen sich allerdings auch einer befindet, der sich in selbstmörderischer Absicht auf die Geleise warf. Im letzten Vierteljahr wurden durch Straßenbahnwagen nicht weniger als 16 Personen totgefahren und 28 schwer verletzt. Die Zahl der Leichtverletzten ist noch bedeutend größer, doch läßt sie sich nur schwer mit Genauigkeit feststellen, da von den Leichtverletzten nur wenige ihren Unfall bei der Polizei melden oder die Unfallstationen aufsuchen. Wie wenig die Schuttberechtigungen der Straßenbahnwagen genügen, beweist ein Unglücksfall, der sich kürzlich in Friedenau zutrug. Hier stürzte der Knircher Ganing vor einem Straßenbahnwagen nieder. Der Wagenführer bremste sofort und S. wurde nur eine kurze Strecke mitgeschleift. Dessen ungeachtet blieb der Bedauernswerte nicht vor dem Schuttbrett liegen, sondern geriet zwischen dieses und die Vorderäder und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er für Lebenszeit zum Krüppel wurde.



**Schwarze Pocken?** Der elfjährige Schüler **Siebers** mach aus der Schönhauser Allee, dessen Vater auf den Allgemeinen Elektrizitäts- werken beschäftigt ist, klagte am Freitag über Mattigkeit in den Gelenken, Fieber und Kopfweh. Dieser Zustand dauerte auch den Samstag über an. Am Sonntagmorgen sahen die Mutter und eine Plurnachbarin, daß der Knabe bleich am Körper und auf dem Kopfe hatte. Sie glaubten, daß es gewöhnlicher Ausschlag sei und gingen mit dem Kranken auf die Unfallstation II in der Schönhauser Allee. Hier stellte jedoch der Arzt die Diagnose auf Pocken und ließ den Knaben schleunigst nach der Charité überführen, wo er sofort in einer Isolierbarade untergebracht wurde. Obwohl am Sonntag noch nicht zweifelsfrei festgestellt werden konnte, daß es sich um echte Pocken handelte, so wurden doch schleunigst alle Vorkehrungen getroffen, um einer etwaigen Weiterverbreitung der Krankheit vorzubeugen. Eine Gefahr besteht also nach dieser Richtung nicht, zumal da sich auch in früheren Fällen diese Schutzvorkehrungen stets als wirksam erwiesen haben.

**10 Uhr-Ladenstich im Jahre 1901.** Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten dürfen offene Verkaufsstellen im Jahre 1901 an folgenden Tagen bis 10 Uhr abends geöffnet bleiben: Am 9., 10., 23., 30. März, 3., 4., 6., 13., 20., 27. April, 4., 11., 15., 23., 24. Mai, 5., 12., 16., 28. Oktober, 9., 16., 22., 30. November und am 7., 13., 14., 16. bis 21., 23., 30. und 31. Dezember.

**Ein außerordentlich raffiniertes Betrugsmanöver,** das am Weihnachts-Heiligabend in einem hiesigen Weißwaren- und Zeitocagen-Geschäft versucht wurde, möge Geschäftslenten als Warnung dienen. Der Laden war von Käufern angefüllt, der Geschäftsinhaber, seine Ehefrau und deren erwachsene Tochter hatten alle Hände voll zu tun. Da betritt eine neue Kundin den Laden, eine noch recht hübsche, ansehnliche Frau. Ohne weiteres steuert sie auf den Kaufmann zu, reicht ihm die Hand und sagt mit vertraulichem Augenzwinkern: „Guten Abend, Herr W. Sie kennen mich doch? Ich war vor einigen Tagen hier und machte Einkäufe.“ Der Kaufmann kann sich der Frau allerdings keineswegs entsinnen, will der angehenden Kundin gegenüber seine Gedächtnischwäche aber nicht eingestehen und erwidert mit verlegenem Lächeln: „Ach so, ja, jetzt entsinne ich mich. Was wünschen Sie?“ Die Frau beugt sich zu ihm herüber: „Herr W., heute gebrauche ich eine recht schöne Zeitocagade für mein Pöckchen.“ — „Die können Sie haben.“ Der Frau werden mehrere Sachen vorgelegt. — „Was kostet diese hier?“ — „Zwei Mark.“ — „Ich werde Ihnen 75 Pf. geben.“ — „Aber Frau, was denken Sie denn, ich habe feste Preise.“ — „Rechtlich, wie Sie mit mir allein im Laden waren, Sie wissen doch, haben Sie mir doch auch einen Ektropreis bewilligt.“ — Diese in etwas lauterem Tone gesprochenen Worte erregen die Aufmerksamkeit der Ehefrau des Geschäftsinhabers. Während sie fortfährt, die Kunden zu bedienen, wirft sie ihrem Mann und der ihr fremden Frau missgelaunene Blicke zu. Ihr Gesicht bekommt einen strengen Ausdruck, sie versucht, so viel wie möglich von der Unterhaltung zu erlauschen. Herr W. lassen Sie mir die Jacke auch nicht für eine Mark? — Unter keinen Umständen. — Rechtlich waren Sie bedeutend lebenswürdiger! — Der Kaufmann stimmt und stimmt, er vermag sich eines früheren Zusammentreffens mit der Frau nicht zu erinnern. Wählig geht ihm ein Licht auf. Die Frau will ihn durch die verschiedensten Anspielungen vor seiner Ehefrau verdächtigen und bloßstellen, er soll ihr die Ware für jeden Preis überlassen, nur um sie loszuwerden. Nun ergreift ihn die Lust, er legt ihr auf den Kopf zu, was sie beabsichtigt, packt sie am Arm und führt sie zur Thür hinaus. Seine Ehefrau ahmet auf und wirft ihm freudliche Blicke zu. Ob die Schwindlerin wohl in manchen Fällen ihr Ziel erreicht?

**Reinliches Aufsehen erregte in militärischen Kreisen ein Vorgang,** der sich kürzlich zugetragen und mit Ueberweisung des Ueberbeters der Angelegenheit in eine Heilanstalt seinen vorläufigen Abschluß gefunden hat. Der Leutnant R., der eine Zeit lang dem Artillerie-Depot in Spandau angehörte und seit kurzem zu derselben Behörde in Berlin verlegt war, erhob plötzlich schwere Verdächtigungen gegen seine Kollegen vom Spandauer Artillerie-Depot. Er behauptete, unter Kommando zweier Genoffiziere, daß aus dem Depot Waffen und Materialien heimlich verkauft worden seien, und schließlich verbreitete er die Meldung, daß zwei Personen wegen solcher Handlungsweise verhaftet wären. Durch ihn fand dieses Gerücht, das jeder Begründung entbehre, auch in einige Zeitungen Eingang. Mehrere Tage hindurch wußten die beteiligten Behörden nicht, wer der Urheber der grundlosen Verdächtigungen gewesen. Als dieser dann endlich in dem Leutnant R., der in Charlottenburg wohnt, ermittelt wurde, war er aus seiner Wohnung verschwunden. Nur mit geringen Mitteln versehen, hatte er eine Reise angetreten, deren Ziel nicht einmal seiner Familie bekannt war. Bald darauf ist er in Hamburg getroffen worden; der Offizier möchte indes den Eindruck eines Geistesgehörten, und lediglich auf geistige Unmündigkeit ist seine unbegriffliche Handlungsweise gegen die Kollegen zurückzuführen. Der Unglückliche befindet sich jetzt in einer Privat-Heilanstalt.

**Feuer in der „Maison de Santé“** in Schöneberg verursachte Sonntagmorgen große Aufregung, zumal neben der Schöneberger auch die Berliner Feuerwehre herbeigerufen war. In einer Isolierzelle der weiblichen Abteilung hatte eine Geisteskranke ihr Bett in Brand gesetzt. Woher sie sich dazu die Streichhölzer verschafft hatte, ist nicht ermittelt. Man ist aber merkwürdigerweise das Institut telephonisch an die Berliner Feuerwache (Waldpoststraße) nicht aber an die weit näher liegende Ortswache in der Reichstraße angegeschlossen, was Anlaß zu dem Gerücht gab, daß die Berliner Wehr infolge „Großfeuers“ von Schöneberg um Hilfe angegangen sei. Die nächste Berliner Wehr hat bis zur „Maison“ acht Minuten Fahrzeit, die Schöneberger dagegen nur zwei Minuten. Bei letzterer war das Feuer in m. a. W. gemeldet, doch gelangte sie noch vor der Berliner am Brandherd an und löschte unter Leitung des Brandinspektors Klotzer das Feuer mit einer Schlauchleitung ab. Die kranke Brandstifterin wurde gerettet, da das Feuer rechtzeitig bemerkt war. Sie verfiel jedoch in Krämpfe, die erst nach längerer Bemühungen der Anstaltsärzte schwanden. Die übrigen Kranken wurden durch das Vorkommen und durch den Anblick der Löschmannschaften in große Aufregung versetzt und konnten nur langsam beruhigt werden.

Für die Krankenhaus-Verwaltung dürfte aber dieser Vorgang Veranlassung geben, unverzüglich telephonischen Anstoß mit der Ortsfeuerwehr zu suchen, da bei Bränden in solchen Instituten die Wächterhilfe nicht schnell genug herbeigerufen werden kann.

**In einem Tobfuchtsanfall getötet** hat sich der 80 Jahre alte Schneider Otto Gabel. Seit einigen Tagen zeigte er Spuren von Geistesgekränktheit, so daß die Eltern ihn überwachten. Am Sonntagabend aber bekam er plötzlich einen Tobfuchtsanfall, ergreift, ehe die Eltern es verhindern konnten, ein Küchenmesser und stieß es sich mehrmals in die Brust. Ein Arzt ließ ihn in ein Krankenhaus bringen. Dort erlag er bald seinen Verletzungen.

**Ein geheimnisvoller Vorgang** wurde durch den Handlungsreisenden Gustav Herzogth zur Anzeige gebracht. Dieser nahm am Freitagabend in einem Fremdenlogis in der Dresdenerstraße, in dem er schon öfter gewohnt hat und daher bekannt ist, ein Zimmer und begab sich alsbald zur Ruhe. Am nächsten Morgen fühlte er sich unwohl, nachdem er schon abends ziemlich gedrückt ausgesehen hatte, während er sonst immer heiter und lustig gewesen war. Er blieb im Bett liegen. Abends um 6 Uhr hatte sich sein Zustand so bedenklich gestaltet, daß der Wirt ihn mit einer Droschke nach der Charité bringen ließ. So lautet die Darstellung des Wirts, andere die des Reisenden. Dieser giebt an, am Sonntagmorgen nach dem Kaffee sei ihm so schlecht geworden, daß er die Bestimmung verloren habe. Erst abends um 6 Uhr sei er wieder zu sich gekommen und habe seinen Lebergeizer und seine Ure vernimmt. Seine Wirtsleute hätten ihn in eine Droschke gepackt und nach der Charité gebracht. Hier stellte man eine Vergiftung fest. Woher diese stammt,

bedarf noch der Aufklärung, ebenso der Verbleib von Lebergeizer und Ure.

**Schiedsgericht in Versicherungssachen.** Das Polizeipräsidium teilt mit: Es wird hiernit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß vom 1. Januar 1901 ab zur Entscheidung von Streitigkeiten aus der Invaliden- und der Unfallversicherung für den Stadtkreis Berlin das „Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Stadtkreis Berlin“ und für den Regierungsbezirk Potsdam das „Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Regierungsbezirk Potsdam“ bestehen. Beide Schiedsgerichte haben ihren Sitz in Berlin Köpenickerstraße 11.

**Mit Chankali vergiftet** hat sich Sonntag der 39 Jahre alte Kaufmann Philipp G., der in der Mauerstraße bei dem Invaliden Armentri ein möbliertes Zimmer bewohnt. G. zeigte in der letzten Zeit ein sehr niedergedrücktes Wesen, deutete an, daß er Geld verloren habe und ohne Stellung sei, ließ sich aber bei seinem verschlagenen Wesen nicht weiter darüber aus. Gestern fand ihn sein Wirt kurz nach Mittag in seinem Zimmer tot am Tische sitzen; er hatte Chankali genommen.

**Orgelkonzert.** Der Orgelvortrag in der Markstraße am Mittwoch, den 2. Januar, mittags 12 Uhr, wird von Herrn Musikdirektor Otto Dienel, Fräulein Johanna Haack, Fräulein Gertrud Richter, Herrn Martin Jacobi, Herrn Hans Büttner, Violonist Herrn Karl Wende und Herrn Hans Wengel ausgeführt. Der Eintritt ist frei.

**Feuerbericht.** Nur unbedeutende Brände sind aus der Zwischenzeit zu verzeichnen. Oranienstraße 64 waren Sonntagmorgen Pöckchen im Keller in Brand geraten und mußten umgeschichtet werden. Feldzeugmeisterstr. 8 und Pöcklerstr. 32 hatte Papier und Gerätpapier gebrannt. Sonntagmorgen wurden Luitpoldstr. 123 und Hofmannstr. 10 Seiten und Kleider durch Feuer beschädigt. Forsterstr. 50, Gramstr. 24 und Rollinerstr. 64 waren kleine Wohnungsbrände zu beseitigen.

**Aus den Nachbarorten.**

**Niedorf.** Die Vorstände der Gewerkschaften werden ersucht, am Dienstag, den 8. Januar, keine Versammlung einzuberufen, da an diesem Tag die Generalfversammlung des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ stattfindet. Derselbe ist auch zugleich die konstituierende für den Wahlverein. J. A.: Der Vorstand.

**Waldmanns Lust.** Nächsten Sonntag findet bei A. Kuhn eine Volksversammlung statt. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen über: „Soldat werden. Steuern zahlen, Maul halten.“

**Die Nachforschungen der Kriminalpolizei** wegen der zahllosen Einbrüche des Hamannschen Ehepaars fördern immer noch neue Sachen zu Tage. In Pöckchen ein neuerdings ein Warenlager entdeckt worden, das besonders seidene Kleider, Wäsche, Weißwaaren und einige goldene Damenuhren mit langen, um den Hals zu tragenden Schieberketten enthielt. Hamann hatte ein feines Stalgebäude gemietet und dieses zum Lager für seine Diebstehbeute eingerichtet. Aus den Wäschebüden entfernte das Ehepaar sofort alle Zeichen, denn wußte es sie auf, so daß sie wie neu ansahen. Die seidene Kleider wurden durch Umänderung fast unkenntlich gemacht, so daß ihr Abgang weniger gefährlich war. Das Lager enthielt u. a. auch eine ganze Menge Öperngläser, Krimsieder und Reihzeuge, die von den Eigentümern noch nicht erkannt sind. Ein wichtiger Fund wurde auch noch in der Hamannschen Wohnung gemacht. Hier entdeckte man ein Paket Handtaschen, die wohl noch über weitere Einbrüche Auskunft geben werden, und unter den Pfundschneideln auch drei Tausendmark-Scheine, die Hamann wohl nur vorläufig beiseite gelegt hatte.

**Mordversuch und Selbstmord.** Gestern morgen 8 Uhr hat der Kaufmann Engel im Hause Berlinerstraße 57 zu Charlottenburg seine Frau, Fel. Gertrud Grieb, durch zwei Revolverkugeln schwer verletzt und sich dann durch einen Schuß in die Schläfe getötet. Fel. Gertrud Grieb wohnte im Hause Berlinerstraße 57 ein Krautwatt- und Herrenartikel-Geschäft. Sie wohnte bei ihren Eltern in der Schillerstraße, während ihr Bräutigam, der Witzenhader des Geschäfts war, in einem Berliner Zimmer hinter dem Laden wohnte. Engel war sehr schwindsüchtig, kam aber trotzdem jeden Abend sehr spät nach Hause. Fel. Grieb hatte vor kurzem die Verlobung aufgelöst. Als sie heute vormittag gegen 8 Uhr in das Geschäft kam, wurde sie von Engel gefragt, ob sie die Verlobung wieder herstellen wolle. Auf ihre verneinende Antwort gab Engel drei Schüsse auf sie ab, von denen einer dicht neben der rechten Schläfe in den Kopf, der andre in die linke Brust unterhalb der Schulter eindrang. Der dritte Schuß ging fehl. Fräulein Grieb mußte, da Engel alle Türen verschlossen hatte, durch ein Fenster auf den Hof flüchten, wo sie von dem Hausverwalter aufgenommen wurde. Herr Dr. Schminlinsky leitete der Verletzten die erste Hilfe. Fräulein Grieb wird mit dem Leben davonkommen, aber das rechte Auge verlieren. Engel wurde, nachdem die Polizei die Thür durch einen Schloffer hatte öffnen lassen, im Zimmer unter dem Tisch liegend mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe in den letzten Jagen aufgefunden. Herr Dr. Vadelow konnte nach einigen Minuten den eingetretenen Tod feststellen.

**Urges Mißstände** wurden der „Pöck. Kor.“ zufolge bei der Pöckchen Maschinenfabrik in Werder a. H. aufgedeckt. Seit zwei Jahren ist der Besitzer des Fabrikanstaltens verstorben, doch führte die Witwe daselbst unter der Leitung eines Ingenieurs und der kaufmännischen Leitung eines Buchhalters fort. Jetzt hat sich nun herausgestellt, daß im Lauf dieser Jahre ganz unübersichtliche Veruntreinungen in der Fabrik vorgekommen sind. Aus Grund gefälliger Lohnlisten sind fortgesetzt Löhne aus Kassen von Arbeitern, die gar nicht existierten, gezahlt worden. Der Buchhalter hat unter Umgehung der Lohnlisten bereits das Beile geübt und soll sich nach Aufklärung zu Verordnungen begeben haben. Der Ingenieur Martin war von dem Kuratorium der Fabrik angefordert worden, zur Sicherheit die Summe von 80.000 Mark zu deponieren. Er reiste nach Pöckchen und schrieb von dort, daß er nicht im Stande sei, diese Summe aufzubringen, schaffte aber, als man mit gerichtlicher Anzeige drohte, dieselbe herbei. In Werder wird deshalb die geschäftliche Lage als recht trübe angesehen, zumal auch in dem benachbarten Pöckchen der Ziegeleibesitzer Wende in Konkurs geraten ist.

### Gerichts-Zeitung.

**Das Telephon der Untersuchungsgefängnisse.** Unter der Anlage der verletzten Verletzung zum Meinde wurde gestern der Kaufmann Hermann Vogel aus der Strafkammer der sechsten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Im Oktober v. J. befand sich Vogel im Untersuchungsgefängnis. Er war der Untersuchungsgefängnis erbedlicher Beträge zum Nachteil der Gesellschaft „Victoria“ beschuldigt. Es ist eine festgestellte Tatsache, daß Jellmannsbarn im Untersuchungsgefängnis in mündlichen Verleher treten können, wenn sie den Mund dem Heizungsdraht nähern und in holdlauter Weise sprechen. Dies war auch dem vielfach vorbestraften Vogel bekannt. In der anstößenden Zelle befand sich der Kaufmann Boddato. Die beiden Gefangenen unterhielten sich in der beschränkten Weise fleißig und erzählten sich eingehend über den Grund ihrer Verhaftung und ihre Aussichten. Vogel hat seinen Nachbarn, für ihn als Entlastungszeugen aufzutreten und im Termin auszusagen, er habe gesehen, wie Vogel dem inzwischen verstorbenen Bürovorsteher Haack von der Victoria 500 Mk. in Gold ausgezahlt habe. Dadurch wollte Vogel den Verdacht der Unterschlagung auf den Verstorbenen lenken. Für diese Gefälligkeit wollte Vogel den Boddato gebührend belohnen, da er noch mehrere tausend Mark an einem verborgenen Ort aufbewahrt habe. Boddato verhielt sich ablehnend, erhielt trotzdem aber bald nach seiner Ueberführung nach Pöckchen eine Vorladung zum Vogelischen Termin. In der Verhandlung „offenbarte“ er den wahren Sachverhalt. Der Angeklagte Vogel suchte sich in der Verhandlung dadurch aus der Schlinge zu

ziehen, daß er behauptete, die geschilderte mündliche Unterhaltung sei eine so unbedeutliche, daß leicht ein Mißverständnis vorliegen könne. Staatsanwalt Liebenow schlug vor, daß der genannte Gerichtshof sich nach dem Untersuchungsgefängnis begeben solle, um persönlich Proben anzustellen. Da aber eine Befragungsausschere behauptete, daß man sich durch Vermittelung der Büchereileitung sehr deutlich unterhalten könne, hielt der Gerichtshof den Vorschlag des Staatsanwalts nicht für notwendig, sondern den Angeklagten der verletzten Verletzung zum Meinde für überführt. Da der Angeklagte inzwischen zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist und wegen der neuen Straftat zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, so mußte auch die Gefängnisstrafe in Zuchthaus umgewandelt werden. Es wurde insgesamt auf 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 jährigen Ehrverlust erkannt.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist und sollen die Nr. 1 des 11. Jahrgangs ausgehen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Einladung zum Abonnement. — Sociale Heilung. — Zur Lage der Arbeiterinnen in Württemberg. — Von A. L. — Die Wäldchenbewegung führen sich! Von A. N. — Aus der Bewegung. — Zeitschrift: „Bet und arbeit“ Von G. Hermann. (Gedicht.) — Rottentheil von W. Braun und Maria Belfin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Sociale Gesetzgebung. — Frauenbewegung. — Adressenverzeichnis. — Ausstattung.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist sollen das 13. Heft des 19. Jahrgangs erscheinen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Weisheitsföndale. — Das Wachstum des internationalen Sozialismus. Von E. Handwörter (Brüssel). Ueberlegt von Julian Borchardt (Göteborg). — Landwirtschaft und Militarismus in Schweden. Von Carl Brune. — Bevölkerung und industrielle Entwicklung in Frankreich. Von Karl Lauterbach. — Berliner Theater. — Literarische Rundschau: Gustav F. Steffen, England als Weltmacht und Kulturstaat. Dr. R. Schorr, Organisations Zydow w Polsoe od najdawniejszych czasow az do z. 1772. — Feuilleton: Aus den Memoiren eines Polener Lehrens. Von Genral Sienkiewicz.

Die „Socialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin W. Köpenickerstr. 55a) haben sollen das erste Heft ihres 7. Jahrgangs erscheinen. Aus dem Inhalt derselben haben wir hervor: Richard Calver: Wollen zum Sternberg-Prozess. — Maurice Raeterlinck: Weltordnung und Gerechtigkeit. — Dr. G. Schmitt: Die historische-philosophische Grundlegung. — Edward Bernstein: Englische Gewerkschaftsprobleme. — Adolph von Elm: Die Probe auf's Fremde! — Robert Schmidt: Die Kohlensteuer. — Kurt Eisner: Sozialismus. — Rundschau: Politik, von R. Calver. Wirtschaft, von W. Schöppel. Socialistische Bewegung, von G. Peterßen. Gewerkschaftsbewegung, von G. Bürger. Genossenschaftsbewegung, von G. Damb. Sociale Kommunalpolitik, von G. Dupo. Naturwissenschaften, von Dr. Barckhardt und Dr. Carl Grotrian. Socialwissenschaften, von Dr. Schittkowski. Technik, von Dr. W. Böhme. Kunst, von D. Bernhard. Literatur, von J. Dünn-Luz. Theater, von D. Bernhard. Bücher, von W. Kampffmeyer, J. Dünn-Luz und E. Stern. Neu von J. Dünn-Luz. — Als wertvolle literarische Beiträge bringt das Heft das Heft von Felix Wallstein gezeichnete Porträt von Fodor Dostojewski. — Das Heft, das in neuer eleganter Ausstattung und vergrößertem Umfang erschienen ist, kostet einzeln 10 Pf.; der Preis eines Quartals beträgt 1,50 Mk. Es beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 666), sowie direkt durch die Expedition der „Socialistischen Monatshefte“, Berlin W. 55. (Jahrespreis in offener oder geschlossener Couvert) Probehefte gratis und franco.

Die Neujahrsnummer des „Wahren Jakob“ ist erschienen. Auf der ersten Seite hecht sich die Weltgeschichte, die jüngsten Kinder ihrer Väter vorzuführen. Gleichzeitig mit dieser Nummer wird der bekannte Mannmann ausgegeben, der in besonderer humorvoller Weise die Ereignisse des vergangenen Jahres glorifiziert.

Im Verlag von J. S. W. Dieß Verlag ist sollen erschienen: „Vaterländische Gesellen“. Kurze Biographien der vornehmsten hervorragenden Socialisten des 19. Jahrhunderts. 100 Seiten. Elegant geteilt. Preis 50 Pf.

In dem Vorwort heißt es u. a.: Das neunzehnte Jahrhundert ist vollendet — und da gezehnt es wohl dem Propheten, der Toten zu gebieten, die durch die That, durch Wort und Schrift die Tode des Volkes unerschrocken destreuten und den großen Gedanken des Sozialismus zu glänzender Entwicklung gebracht haben. Und das Volk ist dankbar! Es ehrt seine großen Toten mit dem jähren Gedächtnis, das seine Verehrung aus seinem Herzen reihen kann. Lebendig trägt sich in ihm der Wunsch, in dem Leben der toten Führer die Geschichte eines Jahrhunderts aufzuheben an sich vorüberziehen zu lassen, in ihren Leben die Zeit seiner gewaltigen Kämpfe um die Freiheit wieder einmal zu durchleben. Dazu soll ihm dies Mählein Deiser und Führer sein. Soweit Portrait zu erlangen waren, sind solche die Biographien beigelegt.

Im Verlag von J. S. W. Dieß Verlag ist sollen erschienen Heft 15 und 16 des Heftungsorgans: „Gesundheitsfragen in Staat, Gemeinde und Familie“. Herausgegeben unter Mitwirkung von Kersten und Hochgelehrten von Emanuel Hurst. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Die Gesundheitsfragen. — Der Alkoholismus und seine Bekämpfung. — Die Kleidung. — Wohnung und Verkehr. — Die Wohnungsfrage.

Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten a 20 Pf. erscheinen und in 24 Heften komplett vorliegen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolportage entgegen. Alle vierzehn Tage erscheint ein Heft.

### Dermisches.

**Bergungsarbeiten an der „Gneissau“.** Aus Malaga wird telegraphiert: Die Landwir haben die Arbeiten zur Hebung der Gneissau der „Gneissau“ begonnen. Die neuangefundenen Leichen des ersten Offiziers Veringhaus, des Matrosen Dieter sowie des Schiffjungen Johann wurden feierlich bestattet. Der Kumpf des Schiffes soll mittels Dynamit gesprengt werden, da es unmöglich ist, denselben zu heben. — Kapitänleutnant Brenner hat die Geschäfte der Bergungsarbeiten an Korvettenkapitän Wandt abgegeben.

**Der Sturm,** der den ganzen Freitag über im Kanal und über England raste, war einer der schlimmsten, die seit langer Zeit beobachtet worden sind. An verschiedenen Stellen der Südküste Englands sollen die Wellen durchschnittlich herghoh gewesen sein, so daß der Verkehr auf dem Kanal wiederholt unterbrochen wurde. Viele Schiffe sind gestrandet oder kamen in den ungesicherten Stellen zum Liegen, und der Verlust an Menschenleben scheint ein sehr bedeutender gewesen zu sein. Auch auf dem Lande sind Häuser abgedeckt worden und Mauern eingestürzt; die Telegraphenleitungen und sogar die Eisenbahn-Verbindungen wurden teilweise ernstlich unterbrochen. Bei Holyhead strandete der Liverpooler Dampfer „Prinzesse Hill“, und die ganze Besatzung wurde bis auf einen Mann in den Wellen begraben. Die Besatzung bestand aus 40 Mann. An der Küste von Cornwall ertranken vier Mann und vier im Kanal von Bristol. Eine große Anzahl kleinerer Unglücksfälle ist bereits gemeldet, und viele werden nicht gemeldet worden sein, weil die Telegraphenleitungen unterbrochen waren. Der zwischen Calais und Dover verkehrende Passagierdampfer „Victoria“ wurde durch den Sturm vom Pier fortgerissen, als erst ein Teil der Passagiere und des Gepäcks an Bord war. Er konnte sich im Hafen nicht halten und stach deshalb in See. Bis Freitagabend spät hatte man noch nichts von ihm wieder gesehen oder gehört. Das Schiff „Carpicorno“ ist bei Eude an der Südküste Englands mit zwölf Mann untergegangen; die „Brigg „Grossine“ ist an der französischen Küste gescheitert, acht Mann sind ertrunken; die „Carl Magna“ ist bei St. Davids gesunken, vier Personen sind verunglückt.

**Ueber ein Liebesdrama** meldet man aus Breslau: In einem hiesigen Gasthaus erschof der Kaufmannssohn Max Kämpfer aus Hirschberg seine Geliebte Emma Schöneich und tamm sich selbst. Auf einem hinterlassenen Zettel stand: „Da wir im Leben nicht vereint sein konnten, wollen wir es wenigstens im Tode sein.“

**Eisenbahnunfall.** Aus Köln wird amtlich gemeldet: Der von Opladen kommende Personenzug stieß heute früh 7 Uhr 18 Minuten bei der Einfahrt in den Hauptbahnhof auf eine leere Lokomotive. Durch den Knall wurden ein Reisender und der Lokomotivführer leicht verletzt. Kein Materialschaden, Betrieb ungestört.

**Brandkatastrophe in Waku.** Durch einen großen Brand wurden 25 Kaphthalonten in Waku zerstört und drei Magazine eingeeäschert. Der Schaden ist bedeutend.